

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Invaliden-Anstalt, Gmbh., Berlin SW 8. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Glasvorrichtungen ausgeschlossen. ♦ Postk.-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorffstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Iltterverband Bochum.

Naziaufstieg brachte Wirtschaftsabstieg.

Mehrere Veröffentlichungen über den Stand der deutschen Wirtschaft um die Mitte des Jahres lassen mit erschreckender Deutlichkeit den Verfall der deutschen Wirtschaft hervortreten. Ein immer größerer Teil des deutschen Volkes wird auf die unterste Stufe eines erbärmlichen Kulidaseins herabgedrückt. Der Verfall der deutschen Wirtschaft fällt zusammen mit der restlosen Beseitigung des politischen Einflusses der deutschen Arbeiterklasse. Seit dem 14. September 1930, der zum ersten Male einen großen Anstieg der Nazibewegung brachte, ging es unaufhaltsam bergab mit der Wirtschaft.

Im Reich sowohl wie in dem größten Teil der Einzelstaaten ist Reaktion heute ganz Trumpf, die Sozialdemokratie ist vollkommen ausgeschaltet. Die gewaltige Verschlechterung der Wirtschaft fällt fast ganz den am Ruder befindlichen reaktionären Schichten zur Last. Die Schuld liegt dabei in erheblichem Maße an dem latenten Bürgerkrieg, der in Deutschland durch die Nazi-partei zur Siebthige angefacht wurde. Hinzu kam noch der lähmende Druck der Weltwirtschaftskrise und der außenpolitischen Verwicklungen.

Folgende Zahlenreihen geben ein Bild davon, wie sich die deutsche Wirtschaft seit einem Jahre, d. h. seit Ausbrechen der akuten Finanzkrise entwickelt hat:

	1931	1932
Gesamtzahl der Arbeitslosen Mitte Juni	4 000 000	5 569 000
Arbeitsl. Wagnenstellung der Reichsbahn Mitte Juni	117 000	99 000
Giroverkehr d. Reichsb. im Mai (i. Mrd. M.)	49,3	39,6
Außenhandelsvolumen im Mai (i. Mill. M.)	1382	798

Der Abstieg der deutschen Wirtschaft innerhalb eines Jahres wird durch diese Zahlen deutlich herausgestellt. Man beachte aber, daß bereits Mitte des vorigen Jahres die Wirtschaftskrise eine nicht geringe Höhe erreicht hatte. Betrug doch die amtliche Indexziffer im Juni 1931 nur noch (1928 = 100) 74. Im Mai d. J. war die Indexziffer der industriellen Produktion auf 56 gesunken. Die kolossale Verschärfung der Krise innerhalb eines Jahres hat zur erheblichen Schwächung der Massenkaufrkraft geführt, wie man auf der anderen Seite auch feststellen muß, daß hierdurch die Krise das katastrophale Ausmaß bekommen hat.

In den „Wirtschaftlichen Mitteilungen“ der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft (Nr. 6) wird der Kaufkraftschwund folgendermaßen belegt:

„Den verminderten Produktions- und Umsatzziffern entspricht die außerordentliche Senkung der Durchschnittskaufrkraft, wie sie in der Abnahme der Arbeitseinkommen und des Verbrauchs wichtiger Massengüter zum Ausdruck kommt. Das Ertragnis der Lohnsteuer ist von 1930-31 auf 1931-32 um 20 Proz. kleiner geworden, das der Tabaksteuer um 25 Prozent. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Brotgetreide, Zucker, Fleisch, Bier und Tabak fiel bereits im Jahre 1930 um mehrere Prozent. Der seitherige Rückgang des Konsums wichtiger Massenartikel bewegte sich für 1931 zwischen 10 und 30 Prozent und hat sich im 1. Vierteljahr 1932, für das bisher die statistischen Ziffern vorliegen, in erhöhtem Maße fortgesetzt. So sank der monatsdurch-

schnittliche Verbrauch bei Zucker von 919 000 Dz. im 1. Vierteljahr 1931 auf 786 000 Dz. im 1. Vierteljahr 1932, bei Kaffee von 149 000 Dz. auf 118 000 Dz. Unter dem anhaltenden Druck auf die Einkommen schmilzt die Konsumkraft zusammen und damit zugleich werden die Verkaufserlöse von Handel, Industrie und Landwirtschaft, verstärkt durch nachgebende Preise, weiter reduziert.“

Warten wir noch einige Monate, dann werden wir einen Tiefstand der Lebenshaltung in Deutschland feststellen müssen, wie in keinem anderen Kulturlande der Welt. Diese Entwicklung haben wir einestheils der verheerenden Weltwirtschaftskrise, daneben aber einer unfähigen Kapitalistenklasse und vor allen Dingen den

Katastrophenpolitikern um Hitler und Hugenberg

zu verdanken. Würde dem deutschen Volke nicht durch Phrasen und Lügen durch die Nazi-partei der Kopf verdreht worden sein, so wäre der kolossale Rückgang der Wirtschaft nicht zu verzeichnen. Hätte der politische Einfluß der Arbeiterklasse in den letzten Monaten noch bestanden, dann brauchte das deutsche Volk eine derartig tiefe Talsohle der Verelendung nicht zu durchschreiten. Das dürfte wohl unbestritten sein. Deshalb ist die Frage der Verantwortung klar gestellt: Jeder, der mitgeholfen hat, daß die Dinge in Deutschland so weit gehen konnten, ist schuldig an dieser Katastrophe!

Wir stehen in dem schwersten Wahlkampf, der jemals ausgetragen wurde. Bisherige Anzeichen deuten erfreulicherweise darauf hin, daß die ehemals so gut organisierte und disziplinierte deutsche Arbeiterklasse zu erwachen und sich wieder neu zu sammeln beginnt. Unter dem Zeichen der drei Pfeile schließt sich die Eisene Front zu einem unbeugbaren Widerstand gegen das politische Strauchrittertum zusammen. „Freiheit!“ ist der Ruf, der jetzt überall erschallt und in Millionen Herzen sein Echo findet: „Freiheit!“ — dieses Lösungswort einer von Wollen und Kämpfen besetzten Armee der Hand- und Kopfarbeiter wird solange erschallen, bis das arbeitende Volk Deutschlands von dieser Hungerkur befreit ist.

Ein Elendszustand, wie wir ihn heute haben, war notwendig, um unter dem Hakenkreuzbanner eine so große Masse von Menschen zu sammeln. Deshalb haben die Drahtzieher dieser Partei bewußt auf die Verelendung des Volkes hingearbeitet. Es ist unsere Aufgabe, dies im Wahlkampf deutlich herauszustellen. Die deutschen Gewerkschaften hatten es in mühsamer Tätigkeit erreicht, daß vor Ausbruch dieser Krise jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte ein erträgliches Einkommen hatte. Dieser Zustand ist durch die gekennzeichneten Umstände beseitigt worden. Was wir seitdem erleben, haben wir oben zahlenmäßig bewiesen. Der 31. Juli muß das arbeitende deutsche Volk in Stadt und Land bereifinden, mit den Feinden in Politik und Wirtschaft für alle Zeit abzurechnen!

Deshalb vorwärts mit dem Ruf der Millionen: „Freiheit!“



Eine Million Freiheitspfeile fliegen über Deutschland!

In diesen Tagen sind bereits eine Million Freiheitspfeile umgesetzt. Eine Million Männer und Frauen in allen Teilen des Reichs tragen das Zeichen der Eisernen Front.

In den Fabriken und Büros, auf dem Lande, an der Stempelstelle, überall wo denkende Menschen die Gefahr des Faschismus und der Reaktion erkannt haben und wo sie zur Verteidigung ihrer heiligen Menschenrechte und der Zukunft des arbeitenden Volkes aufgestanden sind, fliegen die Pfeile, das Symbol der Freiheit.

Eine Million sieht Schulter an Schulter — die Eiserne Front!

Keiner für sich, jeder für alle und alle für einen.

Eine Million Kämpfer und Kämpferinnen bekunden mit stolzem Mut, daß sie dabei sind, wo Aktivität, Disziplin und Einigkeit den Weg aus Elend und Terror in eine neue Welt bahnen.

Eine Million kämpft auch für Dich!

Und Du? — Hast Du Dich bekannt?

Trägst Du schon das Zeichen?

hellen, Kurven, Statistiken usw., welche Fortschritte die Sozialpolitik unter der Herrschaft des „Systems“ gemacht hat. Ueber dem Modell des Dienstgebäudes des Ministeriums in der Ausstellung läuft ein leuchtendes Schriftband mit folgendem Text:

„Das Reichsarbeitsministerium bearbeitet die Reichsaufgaben auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und des Arbeitszuges, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung, der Sozialversicherung, der Wohlfahrtspflege, des Wohnungs- und Siedlungswesens sowie des Pensions- und Versorgungswesens für Kriegsschädigte, Kriegshinterbliebene und verwandte Personenkreise.“

Es sind also lebenswichtige und hochbedeutende Aufgabenbereiche, die diesem Ministerium obliegen. Etwa drei Viertel der Bevölkerung werden vom R A M. unmittelbar betreut. Deshalb ist dieses Ministerium eine der wichtigsten Reichsbehörden.

Diese Meinung wird von den Unternehmern, der gegenwärtigen Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien nicht geteilt. Um den Bestand des R A M. finden jetzt ernsthafte Kämpfe statt. Die Siedlungsabteilung ist bereits dem R A M. entzogen und dem Reichsernährungsministerium angegliedert. Es sind weiter Bestrebungen im Gange, das Pensions- und Versorgungswesen für Kriegsschädigte usw. dem Reichswehrministerium zu übertragen. Doch damit nicht genug: Das Lohn- und Tarfwesen soll dem Reichswirtschaftsministerium zugeteilt werden. Uebrig bleibt ein unwesentlicher Rest, wodurch nur der Schein gewahrt wird, als ob die Sozialpolitik in Deutschland noch eine Stätte habe. Die Abtrennung der bisher genannten Gebiete wird nicht vorgenommen, um die neu damit betrauten Ministerien mit sozialem Geiste zu durchtränken, sondern die soziale Fürsorge abzubauen.

In der „Sozialen Praxis“ (Nr. 25) ruft sogar ein bürgerlicher Professor, Dr. J. J a s t r o w, zur Abwehr dieses schmachtvollen Ueberfalls der Reaktion auf. Herr Jastrow schreibt ganz richtig, daß das R A M. zum Symbol geworden sei. Ferner: „Der Abwehrkampf kann nicht anders als mit Anspannung aller Kräfte geführt werden. Für das Verhältnis von Angriff und Verteidigung hat die Kriegswissenschaft eine Formulierung geschaffen, die auch für andere Gebiete maßgebend ist: Der Angreifer hat gesiegt, wenn er an einem Punkte gesiegt hat; der Verteidiger der belagerten Festung ist unterlegen, wenn er an einem Punkte unterlegen ist. Alle Kraft ist darauf zu konzentrieren, daß auch nicht an einer Stelle eine Bresche geschlagen wird, durch die der Feind eindringen kann.“

Wenn bürgerliche Sozialpolitiker die Gefahr derart erkennen, sollte sich bei den Arbeitermassen ein spontaner Ausdruck der Empörung Luft machen! Der Abbau des R A M. wäre die größte sozialpolitische Niederlage, die die Arbeiterklasse in Deutschland je erlitten hat. Um den Bestand dieser für die Arbeiterklasse wichtigsten Reichsbehörde wird am 31. Juli durch das deutsche Volk entschieden!

Was die Gewerkschaften gemeinsam mit der parlamentarischen Vertretung der SPD. in mühsamer Arbeit errichtet haben, darf nicht durch politische Freibeuter zerstört werden! Das muß bei der Wahl beachtet werden!

Soziale Wahlen.

In der Vierten Notverordnung, sechster Teil, Kapitel II war der Reichsregierung Ermächtigung erteilt, die sozialen Wahlen, die mit Ablauf des Jahres 1932 getätigt werden mußten, um einen Zeitraum bis zu einem Jahre zu verlängern. Von dieser Ermächtigung ist Gebrauch gemacht worden und folgendes verordnet:

„Auf Grund der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931, sechster Teil, Kapitel II (Reichsgesetzblatt I S. 699, 727) wird hiermit verordnet:

§ 1.
Die Amtsdauer der Personen, die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes oder des Reichsrentenversicherungsgesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, verlängert sich um ein halbes Jahr.

§ 2.
Unberührt bleibt die Wirksamkeit der Wahlen, die im Jahre 1932 vor Verkündung dieser Verordnung stattgefunden haben. Die Wahlzeit endet jedoch mit demselben Zeitpunkt wie die Wahlzeit der Personen, die nach Ablauf der gemäß § 1 verlängerten Wahlzeit gewählt werden.
Berlin, den 25. Juni 1932.
Der Reichsarbeitsminister: Schäffer.“

Der Reichsarbeitsminister des Kabinetts der Nazibaronen vollzieht hier eine Absicht des verstorbenen Kabinetts Brüning, das mit der Verschiebung der sozialen Wahlen tatsächlich dem inneren Frieden dienen wollte. Nun gibt auch dieser Reichsarbeitsminister an, daß die Verschiebung der sozialen Wahlen im Interesse des inneren Friedens auch vom Herrnkabinetts Papen vorgenommen wurde. Man mag nun über die Zweckmäßigkeit der Verschiebung der sozialen Wahlen denken wie man will, eine Frage bleibt einem immer offen:

Ist es politische Blindheit oder politische Harmlosigkeit oder gar noch schlimmeres, was dieser nationalfaschistischen Regierung den Mut gibt zu behaupten, daß die Verschiebung der sozialen Wahlen im Interesse des inneren Friedens notwendig sei, während sie andererseits seelenruhig zusieht, wie die von ihr wieder auf die Strafe geschickten, mit schönen neuen Notverordnungsjuden ausgerüsteten Hitlerbanden das friedliche Volk in einen Zustand des Bürgerkrieges gestürzt haben und darin festhalten, so daß das Volk der Aufrechterhaltung dieser Regierungsmassnahme fast täglich ein paar Tote zu opfern gezwungen ist, wobei an einem Tage eine einzige Stadt allein mit fünf beteiligt war?

Vielleicht dürfen wir die Frage doch einmal beantworten!

Abbruch des Reichsarbeitsministeriums?

Das an Umfang größte Ministerium des Deutschen Reichs ist das Reichsarbeitsministerium (R A M.). Bereits seit fünfzig Jahren gingen die Bestrebungen aller sozialfortschrittlichen Elemente dahin, ein besonderes Reichsamt für die Sozialpolitik zu schaffen. Das kaiserliche Deutschland der Vorkriegszeit war dazu nicht zu bewegen. Erst unter dem Druck der Verhältnisse wurde am 4. Oktober 1918 das Reichsarbeitsamt errichtet. Die Volksbeauftragten und die ersten Regierungen der Nachkriegszeit haben dem Reichsarbeitsamt unter Umwandlung in ein Reichsarbeitsministerium durch Ueberweisung großer Arbeitsgebiete erst Sinn und Zweck verliehen. Das R A M. ist mit seinen Aufgaben gewachsen. Wenn man einmal studieren will, was das R A M. heute ist, welche staatspolitische Bedeutung ihm zukommt und welchen Schutz die breite Masse durch diese Behörde genießt, dann muß man die ständige Ausstellung im Gebäude des Ministeriums besuchen. Diese demonstriert in Modellen, Plakaten, Lichtbildern, jumbudischen Darstellungen, Ta-

Der Gewerkschafter im Wahlkampf.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsbewegung und politischer Arbeiterbewegung war wohl noch zu keiner Zeit so notwendig als heute. Obwohl auch heute noch die Gewerkschaftsbewegung eine selbständige Bewegung mit eigenem Aufgabenbereich darstellt, ist sie doch durch die letzte Entwicklung bedroht, der politischen Arbeiterbewegung, die dazu dient, die Gesetzgebung zugunsten der arbeitenden Klasse in Bewegung zu setzen, ihre volle Unterstützung zu gewähren. Die letzten Monate haben diese Notwendigkeit jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter deutlich gezeigt. Sie haben gezeigt, daß große, machtklüsterne Teile des Unternehmertums und der Großgrundbesitzer die Hoffnung nicht aufgegeben haben, die gesamte Arbeiterbewegung zu überwinden.

Als der Herrenstandpunkt der Unternehmer noch unbeschränkt war, als ihnen in Form der Gewerkschaften noch keine ebenbürtigen Gegner gegenüberstanden, konnten sie auch noch ihr wahres Gesicht offener zeigen. So konnte im Jahre 1890 der Geschäftsführer des Zentralverbandes der deutschen Industriellen, Bueck, bei seiner Kritik der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung noch folgende Grundsätze über die Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft, im Staat und im Betrieb aufstellen:

„Es ist dem Arbeiter deutlich zu machen, daß er, als Knecht geboren, auch als solcher sein Leben zu vollbringen hat. Das, was er sich einbildet, als seinen rechtmäßigen Arbeitsverdienst zu betrachten, ist eben nur eine ihm in Gnaden gewährte Zuwendung, für die er sich dankbar zu erweisen hat.“

Hat sich diese Einstellung der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber in der neueren Zeit grundlegend geändert? Wollen sie nicht über die „Freiheit der Wirtschaft“ den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse hemmen und niederringen? Soll nicht die soziale Gesetzgebung, die die unbefristete Ausbeutungsfreiheit des Unternehmers „eindämmte“, unter Ausnutzung der gewaltigen Wirtschaftskrise abgetragen und ganz beseitigt werden? Soll nicht wieder an Stelle der kollektiven tariflichen Lohngestaltung durch Vereinbarung oder Schlichtung die marktmäßige individuelle „in Gnaden gewährte Zuwendung“ treten? Ja, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft war ihnen von jeher ein Dorn im Auge und sehr verhaßt.

Wollen wir als Gewerkschafter nun dulden, daß durch einen überlebten Machtdünkel und Herrenstandpunkt die Entwicklung der letzten vierzig Jahre und die Arbeit der Gewerkschaften negiert und aufgehoben wird? Nein und abermals nein! Die kommende Reichstagswahl am 31. Juli ist deshalb für jeden Gewerkschafter von allergrößter Bedeutung. Wollen wir diese dunklen Mächte zurückdrängen, so kann die bloße Stimmabgabe am Wahltag nicht genügen. Die Aktivität aller Kameraden im Wahlkampf ist ein Gebot der Stunde! Die intensive Bearbeitung aller abseitsstehenden Klassengenossen und Gegner im Be-

kannten- und Nachbarkreis ist erforderlich. Die tätige Mitarbeit für die Sozialdemokratische Partei und die Eiserner Front muß uns zur Pflicht gegenüber Familie und Gewerkschaft werden.

Auch der letzte Gewerkschafter muß sich in die Hammerschmiederei und stets zur Stelle sein, wenn die Leistung ruft. Je stärker das Pflichtbewußtsein des einzelnen, als Glied dem Ganzen zu dienen, um so wirkungsvoller wird der gewaltige Wahlkampf im Interesse der Arbeiterschaft geführt werden können. Stellen wir für die nächsten Tage alle nicht dringenden Angelegenheiten zurück, konzentrieren wir unsere ganze Kraft noch der aufgezeigten Richtung, dann muß und wird es uns gelingen, auch diese schwere Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung und die Freiheit des einzelnen zu überwinden. K. M.



Für Anrechnungsfreiheit der gewerkschaftl. Arbeitslosenunterstützung.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen haben am 28. Juni an den Reichsarbeitsminister folgende Eingabe gerichtet:

„Bei Erörterungen über den Begriff der Hilfsbedürftigkeit im Vorstand der Reichsanstalt wurde die Frage aufgeworfen, ob in Zukunft die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung so wie bisher ohne Einfluß auf die gesetzliche Leistung ist. Bei der Beiprüfung der Frage wurde festgestellt, daß die Praxis sehr bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit zwar verschieden sei, überwiegend jedoch (z. B. in Preußen allgemein) jede Einnahme angerechnet wird, also auch die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung zu einer Kürzung der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung führen würde.“

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Gewerkschaften nicht gewillt sind, zu den unerträglichen Kürzungen, die den Arbeitslosen bereits durch die letzte Notverordnung zugemutet werden, noch den Verlust der gewerkschaftlichen Unterstützung zu tragen. Die Gewerkschaften sind auch nicht gewillt, diese Lasten zugunsten der durch Beiträge erworbenen Ansprüche zu übernehmen, sondern würden gezwungen sein, ihre bisherigen Leistungen sofort einzustellen, wenn die Anrechnung erfolgt.

Es sei auch noch besonders darauf hingewiesen, daß es sich bei den von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen um freiwillige Leistungen handelt, auf die ein eigentlicher Rechtsanspruch der Mitglieder nicht besteht.

Um die weitgehende Beuntugung, die bereits eingetreten ist, zu beseitigen, bitten wir uns baldigst davon in Kenntnis setzen zu wollen, ob der Herr Reichsarbeitsminister gewillt ist, die Nichtanrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auszusprechen.

Einstellung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung?

In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 30. Juni d. J. gelangte das Schreiben zum Abdruck, das die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gemeinsam in der Frage der Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung an den Reichsarbeitsminister gerichtet haben. Die „Rote Fahne“ vom 30. Juni nimmt dieses Schreiben zum Anlaß, um von der Einstellung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung und von einem Zusammenspiel der Gewerkschaften mit der Vapen-Regierung zu phantazieren.

Der Inhalt des an den Reichsarbeitsminister gerichteten Schreibens ist für jeden Menschen mit normalem Verstand vollkommen einleuchtend. Die Gewerkschaften äußern die Befürchtung, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Unterstützung angerechnet werden könnte, da in Zukunft ja nicht mehr die Grundzüge der früheren Bedürftigkeitsprüfung, sondern die der kommunalen „Hilfsbedürftigkeitsprüfung“ angewandt werden sollen. Gegen diese drohende Anrechnung wenden sich die Gewerkschaften mit einmütiger Entschiedenheit. Sie fordern vom Reichsarbeitsminister, daß er durch eine Anweisung solche Anrechnungen ausschließe. Sie begründen dieses Verlangen auch mit dem besonderen Rechtscharakter der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung.

Sie erklären schließlich — und dies ist nun die Stelle, die die „Rote Fahne“ zum Ausgangspunkt einer billigen Agitation nehmen möchte —, daß die Gewerkschaftsmittel nicht dazu da sind, um die öffentlichen Mittel zu ersetzen und daß, falls die Anrechnung erfolgen sollte, die bisherigen Leistungen insoweit eingestrichelt werden müßten.

Niemand in den Gewerkschaften denkt daran, auf diese Weise Gelder einzusparen. Es ist vielmehr ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften auch in solchem Falle Wege finden würden, die zur Verfügung stehenden Mittel weiterhin im Interesse ihrer arbeitslosen Mitglieder zu verwenden. Kein Gewerkschaftsmitglied aber könnte Interesse daran haben, daß durch den Einbruch der Gewerkschaftsmittel die Arbeitslosenversicherung oder die Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen von eigenen Verpflichtungen entlastet werden.

In den Kreisen derjenigen, die es angeht — und das sind ja die gewerkschaftlich geschulten Arbeiter — wird die „Rote Fahne“ mit ihrer neuesten Heßkampagne gegen die Gewerkschaften daher wenig Glück haben.

Die Polemik der „Roten Fahne“ ist im übrigen durch eine Erklärung des Reichsarbeitsministers vom 30. Juni gegenstandslos geworden. Der Reichsarbeitsminister hat die Eingabe der Spitzengewerkschaften positiv dahin beantwortet, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet wird.

Buttler, Direktor des Intern. Arbeitsamts.

Die Arbeiterschaft brüskiert!

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat am 1. Juli den Direktor gewählt. Herr Buttler, der bisherige stellvertretende Direktor, erhielt 21 Stimmen. Drei von den sechs Arbeitervertretern haben keine Stimmzettel abgegeben.

Das ist so sachlich als möglich gesagt, das Ergebnis einer sehr eingehenden Auseinandersetzung, es ist aber auch zugleich die Feststellung, daß die Arbeitergruppe im Verwaltungsrat eine Niederlage erlitten hat. Sie hatte beantragt, die Wahl zu vertagen. Dieser Antrag fiel mit Stimmengleichheit. Für ihn stimmten die Arbeitergruppe geschlossen, von den Arbeitgeberern zwei, darunter der deutsche, unter den Regierungsvertretern stimmte mit den Arbeitern der Staatssekretär Dr. Griese, gegen sie auch der Vertreter der sozialistischen Republik Spanien.

Alles, was mit der Wahl zusammenhing, war eigenartig. Eigentlich stand sie gar nicht auf der Tagesordnung. Diese erhielt als Punkt: „Verwaltungsfragen“, die sich durch den Tod des Direktors ergeben haben. Eine Wahl von weitestgehender Bedeutung als eine Verwaltungsfrage zu bezeichnen, war jedenfalls sonderbar. Hinzu kam, daß den Mitgliedern des Verwaltungsrats keine Vorlage und keine Vorschläge zugegangen sind, es war nur in einer Sitzung seines Büros beiläufig erwähnt worden, daß Buttler kandidierte und daß die englische Regierung ihn unterstütze. Der Antrag der Arbeitergruppe auf Vertagung war also durchaus begründet. Daß er abgelehnt wurde, zeigt, daß sich leider auch hier die Machtpositionen verschoben haben, der Geist, aus dem heraus der Teil XIII des Versailler Vertrags geschaffen wurde, hat sich verflüchtigt. Die Arbeiter bekämpfen sich in allen Ländern gegenseitig, die Wirtschaftskrise tut das übrige, überall glaubt man heute den Arbeitern Dinge bieten zu können, die man noch vor wenigen Jahren ihnen nicht zu bieten gewagt hätte.

Daran, daß die Arbeiter brüskiert worden sind, ändert auch nichts, daß die Spähen seit Wochen von den Dächern pfeifen, daß der Verwaltungsrat diesmal die Wahl vornehmen werde, auch die Spähen lieben heute die sensationellen beiden Balken in den Zeitungen. Gut vorgearbeitet hatten die Regierungen. Wobei so nebenher Gegenstand des Schachers gewesen ist, wird sich noch herausstellen. Bekannt ist, daß die italienische Regierung den Posten des zweiten Direktors beseitigen will und dafür Vermehrung der Divisionschefs anstrebt. Das würde die Nationalisierung des Amtes bedeuten, da diese den Einflüssen ihrer Regierungen ausgesetzt wären. Auf alle Fälle würde die internationale Zusammenarbeit damit nicht gefördert werden. Die Haltung des spanischen Regierungsvertreters erklärt sich dadurch, daß der Staatssekretär des Madrider Arbeitsministeriums sich um den Posten des zweiten Direktors bewirbt. Es soll hiermit der Rache die Schelle umgehängt werden, vielleicht wird dadurch manche Suppe verfalzen.

Es muß aber auch gesagt werden, daß die Stellung der Arbeitergruppe viel besser gewesen wäre, wenn der Vorstand des I.A.A. mehr Entschlossenheit aufgebracht und einen Kandidaten benannt hätte. Daß die Arbeitergruppe ohne solchen Stand, hat den anderen Gruppen ihr Spiel erst möglich gemacht. Ein paar Worte noch über den neuen Direktor. Er beläutert seine bisherige Stelle seit Befehlen des Internationalen Arbeitsamts. Er ist Engländer und in jeder Beziehung das, was man einen Gentleman nennt. Er ist ein hochachtbarer Charakter, der als Mensch alle Sympathie verdient. Auch soziales Verständnis kann ihm nicht abgesprochen werden. In seiner Studie über die Arbeitslosigkeit in Amerika hat er stellenweise den Arbeiterforderungen näher gestanden als Albert Thomas. Aber er ist keine Kampfnatur wie dieser, und es ist zu befürchten, daß er in kritischen Situationen sich nicht immer durchzusetzen versteht. Den guten Willen bringt er jedenfalls mit. Hoffentlich zeigt sich nun, daß er bisher zu sehr im Schatten von Albert Thomas stand.

Auswüchse des Kohlenkonkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt.

Die europäischen Kohlenexportländer führen seit Jahren auf den Märkten der Kohlenempfangsländer heftige Kämpfe gegeneinander, um ihre überschüssige Produktion abzusetzen. Diese Kämpfe werden um so heftiger, je länger und schärfer die Wirtschaftskrise wütet. Das Ruhrkohlenyndikat deckt die Kosten der Konkurrenzämpfe in gemeinsamer Solidarität seiner Mitglieder durch das Erheben einer Umlage für jede abgesetzte Tonne Kohle. Sie betrug:

	Verkaufs- beteiligung	Verbrauchs- beteiligung
1932: März	2,77 M.	1,30 M.
April	3,59 M.	1,79 M.
Mai	3,59 M.	1,75 M.

Man braucht diese Beträge nur mit den abgesetzten Kohlenmengen zu multiplizieren, um zu erkennen, daß allmonatlich viele Millionen Mark ausgegeben werden, um die Kosten der Konkurrenzämpfe zu decken bzw. die Windererlöse gegenüber dem bestehenden Preis auszugleichen. Diese Schäden können nur behoben werden, indem sich die Kohle exportierenden Länder über den Absatz und die Preise international verständigen. Es scheint aber, als wäre man von einer so vernünftigen Regelung noch weiter entfernt.

Vor kurzem hatten die schwedischen Staatsbahnen ein Ausschreiben über den Bezug von 180 000 To. Steinkohle erlassen. Daraufhin kamen Lieferangebote mit Preisangaben aus den am nächsten gelegenen Kohlenausfuhrländern. Den Sieg errang Polen, das an dieser Lieferung mit 108 000 To. beteiligt sein wird, während England den Auftrag erhielt, 72 000 To. zu liefern.

Die polnische Zeitung „Gypresz Poranny“ berichtet nun aus Warschau, daß dieses Handelsgeschäft für die polnischen Liefergruben sehr verlustbringend ist. Die Zeitung erinnert daran, daß sich drei ostoberschlesische Gruben, um einen Lieferauftrag für 40 000 To. in Schweden zu erhalten, in der heftigsten Weise mit ihren Preisangeboten bekämpften. Zunächst habe die polnisch-staatliche Scarboferne einen Preis von 8 Schilling pro Dutzend gefordert, während dann die Rattowitzer Robur GmbH, die zum Friedländer Handelskonzern gehört, mit 7 Schilling pro Dutzend offerierte. Daraufhin ging die Scarboferne mit ihrer Preisforderung auf 6 englische Schilling herab und die Robur GmbH erhielt schließlich den Lieferauftrag für 5 Schilling pro Dutzend. Der Nettoerlös der Lieferung in Ostoberschlesien dürfte bei diesem Geschäft 2 polnische Zloty (etwa 90 Pf.) betragen. Da ist es wohl gestattet, von unerhörten Auswüchsen der internationalen Konkurrenzämpfe zu reden, die auch für die Bergarbeiter nicht folgenlos sein können. h. l.

Ein internat. Arbeitsbeschaffungsplan.

Die „Internationale Wirtschaft“, Organ der Internationalen Handelskammer, beschäftigt sich in ihrem Juni-Hef mit Vorschlägen des französischen Nationalökonom Francis Deslaits zur Arbeitsbeschaffung. Dieser französische Wirtschaftler befaßt sich mit dem Problem der kleinen europäischen Agrarstaaten: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland. Diese haben eine Bevölkerung von 90 Millionen. Die vorgenannten Länder hatten eine Gesamteinfuhr an Fertigwaren von 1088 Millionen Dollar oder 11 Dollar je Kopf der Bevölkerung. Ueberseeische Agrarländer, wie Argentinien, Australien, Chile, Kanada, Neuseeland, Südafrika und Uruguay haben eine Fertigwareneinfuhr von 54 Dollar je Kopf der Bevölkerung. Die Kaufkraft der Bewohner der überseeischen Agrarländer ist also wesentlich höher als die der europäischen. Zur Hebung der Kaufkraft des osteuropäischen Bauern schlägt Deslaits den Bau von Straßen, Lagerhäusern und die Modernisierung des Verkehrs in diesen Ländern vor. Diese Maßnahmen würden die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung außerordentlich steigern. Durch Herabsetzung der Zinsätze würde die Kaufkraft von 66 Millionen Bauern verdoppelt. 1,8 Mill. Dollar Kapitalaufwand erfordert das vorgeschlagene Straßenbauprogramm. Dieses Kapital ist vorhanden, da allein in Europa 5000 Mill. Dollar Kapital unproduktiv und unverzinst brachliegt. Die Unterbringung von 12 Millionen Arbeitslosen und ihren Familien erfordert etwa 2000 Mill. Dollar jährlich. „Wäre es nicht erträglicher“, so führt Deslaits aus, „eine Summe, die der Arbeitslosenunterstützung von einhalb Jahren entsprechen würde, in produktiver Arbeit anzulegen und so die Produktionsmittelindustrie und schließlich die gesamte Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, anstatt die Ersparnisse Europas unproduktiv in wenigen Jahren zu verzehren.“

Der Vorschlag des französischen Wirtschaftlers ist wert, beachtet zu werden.

Die Zechenherren am Branger.

Der Preussische Landtag verhandelte in seiner Sitzung am 6. und 7. Juli über Bergbaufragen, wobei die Kameraden Franz, Osterloh und Vogt in treffenden Worten die Auffassung der Bergarbeiterschaft über die Politik der Bergwerksbesitzer zum Ausdruck brachten. Wir bringen nachstehend einen Auszug aus der Rede, die der jüngste Bergarbeitervertreter im Landtag, der

Kamerad Franz Vogt

gehalten hat, der damit auch gleichzeitig seine Jungfernrede als Parlamentarier hielt. Vogt führte unter anderem aus:

Im deutschen Bergbau kamte man in den letzten Jahren vor dem Ausbruch der großen Weltwirtschaftskrise in der Ausweitung der Erzeugungsmöglichkeiten fast keine Grenzen mehr. Hinzu kommt noch, daß dieser Ausdehnungsprozeß im Bergbau sehr viel mehr Zeit hatte als in den anderen Zweigen der Wirtschaft, da erfahrungsgemäß der Bergbau stets als Letzter in die Krise hineinschlittert. Es ist auch jetzt so gewesen, daß im Bergbau erst um die Jahreswende 1929/30 die große Krise einsetzte, während sie zu dieser Zeit in den Konsumgüterindustrien schon sehr scharf tobte. Um so schlimmer waren dann die Wirkungen, die sich

in Massenentlassungen, in Stilllegungen von Werken und Betrieben und in einer Anzahl von Feiertagen äußern — alles Dinge, die uns heute hier in einer Fülle vorliegender Anträge beschäftigen.

Und nun ist es so: je größer die Sünden in der Hochkonjunktur waren, um so stärker ist dann die Buße, die in der Krise zu leisten ist, nur daß in diesem Falle die Buße nicht von den Sündnern, sondern von ganz unschuldigen Opfern, nämlich den Arbeitnehmern des Bergbaues, getragen werden muß.

Unsere Industrie kalkuliert in der Zeit des guten Kohlenabfahes nach der Philosophie des Was-Ob, als ob es immer so bliebe, ja als ob es immer besser werden, als ob die Welt in schier unermesslichem Maße imstande sei, Kohlen zu verbrauchen, obwohl einem weitlichtigeren Unternehmertum die gewaltigen Strukturwandlungen in der Brennstoffwirtschaft nicht hätten verborgen bleiben dürfen.

Es ist so, daß die Kohle in weitem Maße durch den Ausbau der Wasserkraft, durch Verbesserung und Fortschritte in der Heizungstechnik verdrängt worden ist. Trotzdem wurden noch in den letzten Jahren vor dem Ausbruch der Krise Dutzende neuer Schächte niedergelegt. Das Abteufen eines Schachtes kostet nach den Angaben der Unternehmer, die sie uns machten, als sie die Notwendigkeit von hohen Abschreibungen begründeten wollen, immerhin 70 bis 80 Millionen Mark, so daß man sagen kann, es ist hier annähernd eine Milliarde dazu verwandt worden, die Gewinnungsmöglichkeit im Bergbau zu erweitern, obgleich die Brennstoffkrise schon damals vor der Tür stand.

Noch viel größer sind die Ausgaben, die in Zeiten der Konjunktur zur Ausdehnung der betrieblichen Leistungsfähigkeit gemacht worden sind. Herr Dr. von Waldthausen hat vorhin erklärt, daß das nicht zuletzt auf die Anregungen der Gewerkschaften zurückzuführen ist, die sich ja stets als Befürworter der Rationalisierung ausgegeben hätten. Meine Damen und Herren! Ich darf auch heute erklären, daß für uns das Zeitalter der Maschinenstürmer schon seit Jahrzehnten abgetan ist und daß wir einer vernünftigen Rationalisierung weder heute noch je in der Zukunft Widerstand entgegenzusetzen gedenken.

Nur fragt es sich, ob das, was wir in den letzten Jahren vor allen Dingen in der Hochkonjunktur im Bergbau erlebt haben, noch irgend etwas mit Rationalisierung zu tun hat, was ja bekanntlich „Bermittlungsmachung“ heißt. Herr von Waldthausen wird unseren Gewerkschaften sicherlich nicht die Schuld dafür zuschieben, daß man, wie einmal Professor Schmalenbach, ein Mann, der unserer wirtschaftspolitischen Auffassung bestimmt nicht nahesteht, in einem im Jahre 1927 erstatteten Gutachten jagte, moderne Kokereien abgebrochen hat, nur um sie durch noch modernere zu ersetzen. Hierfür die Gewerkschaften, die den technischen Fortschritt niemals hemmen wollen und hemmen werden, verantwortlich zu machen, geht ganz entschieden zu weit. Ebenso sind wir nicht dafür verantwortlich, daß noch in den letzten Jahren, wo es möglich war, die Ausschichten des Kohlenabfahes zu überbrücken, über ein Dutzend neuer Schächte niedergelegt worden ist, was hunderte von Millionen verschlungen hat. Wir sind ebensowenig dafür verantwortlich, daß z. B. ein Zechenkonzern, Ewald-König Ludwig, 70 Millionen kurzfristiger Schulden aufgenommen, sie in moderne Schächte verbaut und diese dann stilllegte. Das, meine Damen und Herren, hat mit Rationalisierung nichts zu tun; aber nicht zuletzt ist auch darauf die Schärfe der heutigen Bergbaukrise zurückzuführen.

Ebenso viele Millionen sind sicherlich verpulvert worden, um einen ganz sinnwidrigen Konzentrationsprozeß durchzuführen. Verehrte Anwesende! Wenn sich eine Gewerkschaft für Phantasiepreise eine andere angliedert, obwohl die beiden Kohlenarten nichts miteinander zu tun haben, so hat das mit einer gesunden Konzentration, wie sie stets befürwortet und angestrebt wird, ebenfalls sehr wenig zu tun, zumal der Restkonzern das, was er vorher erworben hat, um nur die Ansprüche der Banken befriedigen zu können, unter riesigen Verlusten wieder abstoßen muß.

Meine Damen und Herren! Die so vertanen Milliardensummen freffen natürlich Zinsen, und die überflüssigerweise in Anlagen und Maschinen verbauten Kapitalien wollen abgeschrieben sein. Der eingeschrumpte Abfah wirft die hierfür erforderlichen Beträge nicht mehr ab. Sie wollen aber ausgebracht und herausgewirtschaftet sein,

und dann soll das, was die Konjunktur nicht schafft, aus den Knochen der Arbeiter, hier in diesem Falle aus den Knochen der Bergarbeiter, herausgeholt werden.

Deshalb werden die einkommensfördernden Feiertagen eingelegt, die unsere Bergarbeiter zum Hungern verurteilen, deshalb werden die die Solidarität brechenden Maßnahmen des B o l l e h e n s geübt, wobei nur ein Teil der Belegschaft beschäftigt wird, und zwar nur der Teil, der das Glück hat, gerade mit dem Abbau der ergiebigen Flöze beschäftigt zu sein. Deshalb wird der notwendige Ausbau hintangestellt, deshalb unterbleibt er und deshalb werden dann Unfall und Grubensturz heraufbeschworen. Weil die Sünden einer skandalösen Ueberkapitalisierung abgetragen werden müssen, wird der Steiger während der Feiertagen mit der Kohlenhaxe beschäftigt, er, der doch eigentlich für die Sicherheit des Bergmanns da sein soll, dem Bergmann das Brot wegnimmt. Deshalb werden, wie uns dargelegt worden ist, sogar kaufmännische Angestellte, nur weil ihr Gehalt schließlich weiterläuft, in die Bergbaubetriebe hineingesteckt und dort an eine Arbeit gestellt, die sie nicht kennen und bei der ihnen keinerlei sozialpolitische Schutzmaßnahmen zur Seite stehen.

Ich erkläre deshalb im Namen meiner politischen Freunde, daß wir allen Auszubehträgen, an deren Formulierung wir tatkräftig mitgearbeitet haben, unsere Zustimmung geben werden, ganz gleich, ob sie von der sozialdemokratischen oder irgendeiner anderen Fraktion stammen, denn Leben, Gesundheit und Wohlergehen unserer Bergleute stehen uns höher als jeglicher Parteistreit.

Damit denken wir ja nicht nur an den Bergmann, der noch in Arbeit steht. Bei dem heutigen Stand der Technik kann unmöglich damit gerechnet werden, den größten Teil der arbeitslosen Bergarbeiter jemals wieder in die Betriebe zu bekommen, wenn hier nicht andere Maßnahmen durchgeführt werden. Sie wollen bitte bedenken, daß heute ein Untertagearbeiter im Ruhrgebiet 77 Prozent mehr leistet als im besten Vorkriegsjahr 1913,

Es geht vorwärts!

Im Ruhrgebiet wurden im Monat Juni 607 Neuaufnahmen getätigt.

Trotz der Schwierigkeiten und der wüsten Hetze der Gegner von links und rechts gegen uns und trotz der vielen Arbeiten, die unsere Kameraden und Funktionäre im Wahlkampf zu leisten haben, wurden in den angesetzten zwei Werbe-wochen im Monat Juni im Ruhrgebiet

607 Neuaufnahmen

getätigt. Nach den Meldungen einzelner Geschäftsstellen ist die Aktion noch nicht abgeschlossen, so daß diese Zahl sich noch vergrößern wird.

Es ist uns ein Bedürfnis, allen Kameraden und Funktionären, die hierbei tatkräftig mitgewirkt haben, unseren Dank auszusprechen. Diejenigen Zahlstellen, die den Bericht noch nicht eingesandt haben, oder aber noch keine Aktion zur Gewinnung neuer Mitglieder unternommen haben, holen dieses nach.

Kameraden, weiter gearbeitet! Das ist die beste Antwort auf die Anschläge der Reaktion gegen Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen soziale Einrichtungen.

Agitiert, werbt!

In Oberschlesien 35 Prozent, in Niederschlesien 30 Prozent und im Ruhrgebiet 43 Prozent. Bei der Braunkohle, wo der Maschinisierung nicht so enge Grenzen gesetzt sind, wie es beim Untertage-Steinkohlenbergbau der Fall ist, sind die Leistungssteigerungen noch viel gewaltiger. Daran hat zweifellos die Maschine ihr Verdienst;

aber wer mit der Bergarbeiterschaft noch lebendige Fühlung hat, dem wird jeden Tag von alten, erfahrenen Knappen hundertmal bestätigt, daß die Ausbeutung der bergmännischen Arbeitskraft niemals auch nur annähernd so groß wie heute gewesen ist.

Daher wird es unmöglich sein, bei dem heutigen Leistungsstande große Teile der entlassenen Bergarbeiter jemals wieder in den Betrieb hineinzubekommen, wenn nicht eine sehr starke Verkürzung der Schichtzeit Platz greift. Deshalb wäre auch eine möglichst einstimmige Annahme — wie das ja auch im Ausschuß der Fall war — des vorliegenden Antrages, der sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit beschäftigt, mehr als begrüßenswert.

Ueber all diese Sorgen dürfen wir aber nicht vergessen, daß wir auch schon heute alles tun müssen, um künftige Katastrophen nach der Art der jetzt tobenden Wirtschaftskrise auszuweichen. Unter dieses Kapitel fällt die große Vermögensumschichtung, die wir zur Zeit auch in den bergbaulichen Betrieben beobachten können. Noch in jeder Krise war es ja so, daß Abschlagsrumpfsungen in Verbindung mit Preisrückgängen die Konkurrenzswelle haben ansteigen lassen. Dabei hat das Schicksal des Konkurses immer die technisch am meisten auf der Höhe sich befindenden Betriebe betroffen, die ja die meisten Kapitalien, darunter auch fremde, zur Modernisierung ihrer Werke verwandt hatten. Auch die Schachtanlage Dicksche Heide, deren Schicksal heute zur Debatte steht, gehört mit zu den modernsten Betrieben, und gerade sie wird — wir können beinahe sagen: sie wird gerade deshalb — von der Stilllegung betroffen!

Nur eins war in den früheren Krisen anders als in der heutigen. In früheren Krisen wurde die technische Kapazität nicht vernichtet, sondern zu einem Spottpreis von dem finanziell stark gebliebenen Partner, der sich in der Epoche der vorausgegangenen guten Konjunktur nicht übernommen hatte, erworben. So haben wir es jedesmal beobachten können, daß am Ende einer Krise zwar wenige Unternehmungen standen, daß aber diese um so stärker und mächtiger waren. Wenn die vielen Leute, die heute stolz darauf sind, von Marx nichts gelesen zu haben, und die ihn deshalb widerlegen wollen, sich wirklich einmal der Mühe unterziehen würden, sich Marx' Werk zu eigen zu machen, dann würden sie sehen, daß seine Konzentrationslehre, die mit ein Wesensbestandteil seines theoretischen Behrgebäudes überhaupt ist, gerade heute ihre vollste Rechtfertigung findet.

Nur an einem fehlt es heute, was, wie ich eben darzulegen versuchte, in früheren Jahren vorhanden war: das ist der stärkere Konzentrationspartner, und auch das entspricht der marxistischen

Theorie, daß dieser einmal fehlen werde. Wer aber soll denn nun, wenn Krienspartner wie die Vereinigten Stahlwerke, wie der Zechenkonzern Ewald, König Ludwig, Langenbrunn oder Lothringen nicht dem ewigen Untergang geweiht sein sollen — wer soll dann an Stelle des fehlenden stärkeren privatwirtschaftlichen Konzentrationspartners einpringen?

Das kann nach Lage der Dinge nur der Staat sein. Es geht hier nicht um Firmennamen oder gar um die leitenden Persönlichkeiten der Unternehmungen, nein, es geht hier um die Tausende von Arbeitern, die dort beschäftigt sind, und um die Vermögenswerte, die von ihnen geschaffen worden sind, und die schließlich der Volksgemeinschaft gehören.

So gesehen, meine Damen und Herren, erscheint uns auch die Uebernahme der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. und damit die Herrschaft über den größten Montankonzern des Kontinents, über die Vereinigten Stahlwerke, durch eine fast ganz reiche eigene Bank als eine geschichtliche Notwendigkeit. Unter den Beweggründen, die wir bisher gehört haben, war einmal die „Sorge um die Lieberfremdungsgefahr“.

Meine Damen und Herren! Wir glauben an das französisch-holländische Konsortium, das die Börse mit dem schönen Namen „Kollomando“ belegt hat, nicht. Wenn Herr Dietrich, der als ehemaliger Reichsfinanzminister für die Transaktion verantwortlich zeichnet, heute erklärt, die Monopole müßten unter die Herrschaft des Staates, so freuen wir uns dieses Sinneswandels bei Herrn Dietrich, der sich uns doch vor noch gar nicht allzu langer Zeit als der Letzte der Mohikaner des liberalistischen Urwaldes vorgestellt hat. Aber das kann uns gegenüber dem Preise, den Herr Dietrich für die Gelsenkirchener-Aktien gezahlt hat, nicht persönlich stimmen. Wer für eine Ware, die laut Börsenotiz 200 Mark kostet, 800 Mark zahlt, und dadurch die Steuerzahler um Millionen bringt, der sozialisiert mit einem solchen Ueberzeifer, daß selbst wir eingefleischten Sozialisten dieses Tempo für halbschmerzhaft schnell halten.

Wir huldigen dem Prinzip der Staatswirtschaft, wir halten es für die einzige Möglichkeit, andere und bessere Wirtschaftszustände zu schaffen. Wir werden es auch dann tun, wenn wir selbst mit der größten Gegnerschaft der kommunistischen Partei zu rechnen haben.

Wir werden den Einfluß des Staates auch in der Kohlenwirtschaft auszubauen und zu stärken trachten, wo wir nur immer können. Dabei wird vielleicht einmal die Frage entschieden werden, die heute noch in tiefstem Dunkel gehüllt ist, nämlich die Frage, was die Nationalsozialisten wirtschaftspolitisch überhaupt eigentlich wollen. Nach der Gelsenbergratifikation, nach dem Uebergang des Konzerns auf den Staat, hat Ihre „National-Zeitung“ gejubelt: „Das ist richtig!“ Aber Herr Hausladen hat es auch nur ungenau geschildert. Hinterher schrieb sie:

„Man will den Stahlkonzern aufteilen, um der Unternehmerinitiative wieder Raum zu geben!“

Warum hat man denn das vorher nicht getan, als Th n i s e n noch der tonangebende Mann war? Gestern haben wir von Ihrem (zu der NSDAP.) Vertreter, von Ihrem Wirtschaftsfachverständigen Herrn von Grogan hier gehört, das wollten Sie überall. Bitte, fangen Sie an! Das ist aber dann kein Fortschritt, sondern das ist Rückschritt zur rein liberalistischen Individualwirtschaft, nichts anderes.

Wenn das so ideal wäre, könnte doch Thyssen heute schon damit beginnen und die Betriebe, die er noch hat und die außerhalb des großen Konzerns geblieben sind, selbständig machen! Auf der andern Seite aber sagen Sie immer und immer wieder, Sie seien für eine Verstärkung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Ja, kann der Staat denn einen größeren Einfluß haben, als wenn ihm das Werk gehört? Das ist doch die höchste Stufe des Einflusses, die er haben kann! Wie denken Sie sich denn den Staatseinfluß eigentlich? Wollen Sie die Preise regulieren, die Abfahmärkte aufteilen?

An den Krisengrund kommen Sie nur dann heran, wenn Sie dem einzelnen Unternehmer das Ausmaß der technischen Ausweitung vorschreiben, wenn Sie reglementieren, daß neue Betriebe nicht gemacht werden dürfen, wenn Sie feststellen, daß jede Maschine, die der Unternehmer einstellt, durch Ihre Kontrolle gehen muß. Dann würde es unter Umständen denkbar sein, daß so etwas effizienter könnte. Aber, meine Herren, daran glauben Sie selbst nicht! Das ist nur erreichbar, wenn dem Staate die Betriebe gehören, sonst niemals! Eine solche Fülle von Einfluß ist anders nicht möglich.

Und nun, meine Herren, ist ja der große Montankonzern der Vereinigten Stahlwerke nicht das einzige Unternehmen, das in den Strudel der Verstaatlichung hineingezogen worden ist, sondern es schweben noch allerhand andere Projekte. Ich erinnere an Lothringen und Ewald-König Ludwig. Bei den Aktiengesellschaften ist das Kapital außerordentlich scharf zusammengelegt worden, und die Betriebe, die noch in der Gewerkschaftsform waren, sind zu diesem Zwecke in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. Nun soll, um den Betrieben Kapital zuzuführen, das Aktienkapital wieder sehr stark erhöht werden.

Die Frage ist nur, wer sich zur Aufnahme der neuen Aktien bereit finden lassen soll. Das würde heute den Banken am leichtesten sein, die dann ihre den Bergwerksbetrieben geliehenen Gelder einfach gegen die Hergabe der neuen Aktien aufrechnen könnten. Die Banken haben aber im Augenblick keinerlei Neigung, selbst Industrielle zu werden; sie wollen nicht auf die hypothekarischen Sicherheiten verzichten, die mehr wert sind als Aktienbesitz, der mit dem Risiko belastet ist; und dann wollen sie Bargeld haben. Dem Staat will man die Betriebe nicht übereignen. So bleibt auch hier für den, der die Privatwirtschaft noch einmal retten will, wieder nur ein Weg. Das ist der Weg der Subvention, wenn man den Weg der Verstaatlichung nicht gehen will. Wir werden auch hier außerordentlich vorsichtig sein, damit nicht wieder, wie schon so oft, unfähige Großindustrielle aus den Mitteln der Allgemeinheit janieri werden.

Aber das alles, meine Damen und Herren, beweist, wie in die kapitalistische Unordnung jetzt in einer Zeit der tiefsten Krise, in einer Zeit der tiefsten Not in immer stärkerem Maße Wirtschaftsprinzipien eingebaut werden müssen, die in Ordnung und Planmäßigkeit münden. Gerade das schreckliche Heute, dessen alleinige Ursache die kapitalistische Wirtschaftsanarchie, verstärkt durch eine falsche Außenpolitik unserer ehemaligen Kriegsgegner, mit den internationalen Kapitalfehlschreitungen als Folge ist, zeigt, daß in dem großen Ringen zwischen kapitalistischer Anarchie und sozialistischer Ordnung doch die letztere die Siegerin sein wird.

29. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 10. Juli bis 16. Juli 1932

HAUS UND LEBEN

Leben, um zu arbeiten, oder arbeiten, um zu leben?

Es ist ein ewiger Grundsatz der Volkswirtschaft, daß Verbrauch und nicht die Gütererzeugung dem wirtschaftlichen Handeln Sinn und Zweck gibt. Dieser Grundsatz wird leider namentlich von Unternehmern in das Gegenteil umgekehrt angewandt. Die Gewerkschaften richten demgegenüber ihre ganze Tätigkeit darauf ein, diesem ehernen Grundsatz der Volkswirtschaft Geltung zu verschaffen. Der Mensch soll nicht leben, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben. Den Gewerkschaftsmitgliedern sind vielfach die Erfolge nicht so zum Bewußtsein gekommen, die ihre Organisationen in allen Ländern erreicht haben. In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 105) gibt jemand seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Gewerkschaftssozialismus in Australien nun am Ende sei. Die Errungenschaften der dortigen Arbeiterschaft müssen von dem Artikel-schreiber dennoch anerkannt werden:

„In Verfolg dieser Gewerkschaftspolitik gelang es allerdings, für die städtische Arbeiterschaft Vorteile und Zugeständnisse herauszuholen, die Australien in der übrigen Welt die Bezeichnung eines „Arbeiterparadieses“ einbrachten. Die Fünftageswoche war lange vor dem allerdings bald wieder liquidierten russischen Experiment einer Selbstverständlichkeit in Australien. Gearbeitet wurden normalerweise 44 Stunden wöchentlich. Der Sonnabend war frei. Hier war also das englische „Weekend“ in seiner vollkommensten Form erreicht. Für unfaubere oder besonders anstrengende Arbeiten bestand sogar die Sechsendreißigstunden-Woche. Jeder Arbeiter erhielt im Alter eine Staatsrente. Auch steuerlich wurde die Stadtbevölkerung ungewöhnlich bevorzugt. So blieben zum Beispiel Einkommen bis 6000 M. unbesteuerbar. Dazu kam ein ungewöhnlich hoher Lebensstandard. Ein großer Teil der Arbeiter wohnte in schmoden und komfortablen Eigenheimen. Der Besitz eines Autos war etwas durchaus Normales. Alle Annehmlichkeiten der modernen Zivilisation standen zu einem erheblichen Teil dem australischen Arbeiter zur Verfügung. Australien war der große Renommierensort der reformistischen-staatskapitalistischen Gewerkschaften und der zweiten Internationalen.“

Die Gewerkschaften in Australien hatten also jenem von uns erwähnten Grundsatz wirtschaftlichen Handelns weitgehend Geltung verschafft. Mit hämischer Freude triumphiert die Reaktion aller Länder darüber, daß die Weltwirtschaftskrise die jahrelangen Erfolge emsiger Organisationsarbeit vernichtet hat. Es muß heiligster Grundsatz jedes Gewerkschaftsmitgliedes sein, in allen Ländern wieder das zur Durchführung zu bringen, was in Australien zur Tatsache geworden war. Um einen hohen Lebensstandard zu erreichen und ihn dauernd festzuhalten, sind nicht nur starke Organisationen, sondern der Aufwand aller Kraft notwendig. Die nächsten Jahre werden erweisen, ob die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Bedeutung der Zeitenwende begriffen haben. Hat der politische und wirtschaftliche Niedergang Folgen derart, daß Errungenschaften der letzten Jahre für immer verloren sind, dann müßte man an der Menschheit verzweifeln.

Was steckt dahinter?

Wann erwacht im Menschen der Forscherdrang? Wann beginnt er, mit dem äußerlichen Beobachten nicht mehr zufrieden zu sein? Wissen zu wollen, was eigentlich hinter all den äußeren Formen vorhanden?

Man hat auch in der Beziehung am Kinde recht interessante Beobachtungen gemacht, über die wir in der „Zeitschrift für pädagogische Psychologie“ lesen. Jede Mutter kann dieses Experiment auch selbst anstellen. Ein Schirm wurde nämlich an das Kinderbettchen gestellt, ein einfacher weißer Bettschirm. Es kann uns nicht wundern, daß der Säugling ihn in den ersten Lebenswochen nicht beachtet hat. Bis zur fünften Lebenswoche wurde der Schirm gar nicht bemerkt. Aber nach sechs Wochen wurde der Schirm dann beachtet und gar stark mit den Augen geprüft. Er wurde beobachtet von oben bis unten und nach den Seiten hin. Ein eigenartiges Ding? Ein Ding aus dem Leben, in das der kleine Mensch nun hineinwachsen sollte. Und das Ding wurde eifrig beobachtet, bis das kleine Kind das Ding dann zur Genüge gekannt hat.

Und dann kam das andere. Mit dem sechsten Monat trat es ein. Bis dahin hatte sich das Kind mit dem äußerlichen Studium seiner Umwelt allein beschäftigt. Aber jetzt begann das Kind in die Zusammenhänge des Lebens hineinzuwachsen. Den Schirm kannte es nun. Doch was war dahinter? Und das Kind versuchte, hinter den Schirm zu blicken. Es sah den Schirm als „Störungsfaktor“ an. Es wollte ihn weg haben, um zu wissen, was sich hinter dem Schirm befand.

So wächst der Mensch allmählich hinein in sein Forscherwesen, in seine Denker- und Erkennernatur. Und so wächst er auch später hinein in das Leben, das mit der äußeren Betrachtung des großen Lebens nicht zufrieden ist. Auch da will er hinter das Leben sehen. Da will der Mensch auch das erkennen, was sich hinter dem äußeren Geschehen vollzieht. Er will die tieferen Zusammenhänge erkennen, die ökonomischen Gesetze, die das Leben leiten. Und wer dabei absteht steht und gleichgültig ist gegenüber diesem großen sozialen Erkennen, der ist unreif und geistig ein Kind.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Seefischerei und Fischindustrie.

Jeder soll das essen, was ihm schmeckt, er soll dabei jedoch nicht vergessen, daß wir auch im Seefisch und in den guten Räucherfischen, den Fischmarinaden und anderen Fischzubereitungen wertvolle Nahrungsmittel haben, und daß der Seefisch frisch, geräuchert oder mariniert, ebenso wie ein anderes Nahrungsmittel und vorzugsweise gegen ausländische Nahrungsmittel verzehrt werden sollte. Wir wissen alle, daß eine weiche Auswechslung der Ernährung der Gesundheit nur dienlich ist, und hierbei kann gerade eine Seefischmahlzeit ausgezeichnete Dienste tun. Eine leistungsfähige Fischindustrie, die auch bei großen Massenfängen die überschüssige Ware ohne Schwierigkeiten aufzunehmen vermag, ist für die Fischerei notwendig. Unsere deutsche Hochseefischerei hat in den letzten 50 Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen, nicht zuletzt auch deswegen, weil im Küstengebiet der Nord- und Ostsee und an manchen Plätzen des Binnenlandes eine rührige Fischindustrie aufblühte. Nach Schätzungen von Sachverständigen verarbeitet die deutsche Fischindustrie etwa ein Drittel aller Fische, die von unserer heimischen See- und Küstendischerei angebracht werden. Die deutsche Seefischerei und Fischindustrie beschäftigt auch noch andere Gewerbe, wie Fabriken, die Maschinen, Eis, Netze, Dosen, Fässer, Kisten, Essig, Gelatine, Papier, Bindfäden und anderen Bedarf herstellen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung unserer Fischindustrie geht auch daraus hervor, daß die Gesamtproduktion des Gewerbes jährlich rund 2 400 000 Doppelzentner beträgt. Wir haben in den letzten Monaten gesehen, daß eine besondere Werbung für deutsche Waren, insbesondere für die deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse durchgeführt worden ist. Leider ist bei diesen „Deutschen Wochen“ auf das Volkswirtschaftsmittel „Seefisch“ und auf die Erzeugnisse der deutschen Fischindustrie sehr selten hingewiesen worden. Ich glaube, daß die ganze Welt mit uns einig ist, daß wir uns in der Zeit der schwersten Not erlauben dürfen, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß unsere eigenen Produktionsquellen zur Befriedigung unseres Bedarfs jeglicher Art in erster Linie dienen müssen.

In ganz besonderer Weise hat die deutsche Fischindustrie das Räuchern von Fischen ausgestellt. Eine besondere Spezialität unserer deutschen Fischindustrie sind ferner die Marinaden. Von Fischmarinaden erfreuen sich besonderer Beliebtheit Rollmöpfe, Bismarckheringe, Brauheringe, Bratrollmöpfe, Brat-aale, Fischkoteletten, Seeaale, Aal in Gelee, Hering in Gelee, Hering in Tomaten und Gewürzbraten usw. Als Feinmarinaden bezeichnet man diese Zubereitungen, wenn sie aus besonders fetten und guten Fischen hergestellt und mit besonders schmackhaften Tunken versehen sind. Zur Verfeinerung der Tunken verwendet man Mayonnaise, deutsche Tomaten, Pilze, Senf, Wein, Bouillon usw. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich auch Zippelstübe, Gabelstücken, Anchovis, geräucherter Seelachs in Scheiben (Lachsgerlag) und der Seefischrogen (Kaviar). Der deutsche Kaviar, der zumeist aus dem Rogen des Seehafens gewonnen wird, hat sich im Laufe der Jahre immer mehr Freunde erworben. Viele wissen nicht, daß Nordseekrabben das ganze Jahr über erhältlich sind. Sind keine frischen Krabben da, so gibt es das aus frischen Krabben geschälte Krabbenfleisch. In letzter Zeit wendet sich die deutsche Fischindustrie der Herstellung von Brislingen und Kleinheringen in Öl, der Herstellung von Heringen und Makrelen in Tomaten und ähnlichen Erzeugnissen zu. Neu und sehr beliebt sind auch Fettbäcklingsfilets in Öl.

Wenn eine Steigerung des Verbrauches von rund 10 Pfund an frischen Seefischen und Fischwaren jährlich, also wöchentlich nur ein Fünftel Pfund auf den Kopf der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt erreicht wird, so kann dies eine Stärkung der deutschen Volkswirtschaft jährlich um rund 300 Mill. M. bedeuten, sofern dadurch eine Verminderung der Einfuhr von entsprechenden Mengen Lebensmittel aus dem Ausland, z. B. mit einem Gegenwert von 50 Pf. pro Pfund erreicht wird. Der Deutsche verzehrt im Jahresdurchschnitt nur ein Drittel der Menge an Seefischen pro Kopf und Jahresdurchschnitt wie der Engländer, der 53 Pfund isst.

Regierungsrat Finzel (Berlin).

Wer ist unterhaltspflichtig?

Die Frage ist deswegen für die tägliche Praxis so bedeutungsvoll, weil sie in der Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und auch in der eigentlichen Fürsorge eine Rolle spielt. Endlich ist sie auch für die Sozialversicherung und für das tägliche Leben von Bedeutung. Unterhaltspflichtig sind nur die Verwandten in gerader Linie, also nicht Geschwister, und zwar sind die Abkömmlinge vor den Verwandten der aufsteigenden Linie unterhaltspflichtig. Wenn es sich um die Frage des Unterhalts für eine Person handelt, so wird man erst prüfen, ob Kinder vorhanden sind, welche in der Lage sind, Unterhalt zu gewähren. Ist das nicht der Fall, so wird man sich an den Vater und zuletzt an die Mutter der Person halten müssen. Unter den Verwandten der aufsteigenden Linie hatten die näheren vor den entfernteren, mehrere gleich nahe zu gleichen Teilen. Der Vater haftet jedoch vor der Mutter, wie es aus dem Wesen des Familienlebens hervorgeht. Wenn der Mutter dagegen das Recht der Nutzung an dem Kindesvermögen zusteht, haftet zunächst die Mutter. Unterhaltspflichtig ist aber nicht, wer bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren.

Wer hat Anspruch auf Unterhalt? Im allgemeinen nur, wer außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Ein minderjähriges uneheliches Kind kann von seinen Eltern, auch wenn es Vermögen hat, die Gewährung des Unterhalts insofern verlangen, als die Einkünfte seines Vermögens und der Ertrag seiner Arbeit zum Unterhalt nicht ausreichen.

Wieviel Unterhalt ist zu gewähren? Das Maß des zu gewährenden Unterhalts bestimmt sich nach der Lebensstellung des Bedürftigen (standesmäßiger Unterhalt). Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf, bei einer der Erziehung bedürftigen Person auch die Kosten der Erziehung und die Vorbildung zu einem Beruf. Wer durch sein sittliches Verschulden bedürftig geworden ist, kann nur den notwendigen Unterhalt verlangen.

Vom Finden und vom Finderlohn.

Ich fahre in der Bahn und finde eine Aktentasche mit wertvollem Inhalt. Bestimme ich nach Ablieferung Finderlohn? Nein! Wer eine Sache in den Geschäftsräumen oder den Beförderungsmitteln einer öffentlichen Behörde oder einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Verkehrsanstalt findet und an sich nimmt, hat gar keine Anrechte auf die Sache. Er bekommt weder Finderlohn, noch kann er das Eigentum an der Sache erwerben. Er hat vielmehr die Pflicht, die Sache unverzüglich an die Behörde, Verkehrsanstalt oder an einen ihrer Angestellten abzuliefern. Behörde oder Verkehrsanstalt können die Sache nach vorheriger öffentlicher Bekanntmachung des Fundes unter Schöpfung einer Anmeldepflicht öffentlich versteigern lassen. Nach vergeblichem Ablauf von drei Jahren seit Ablauf der Anmeldepflicht fällt der Erlös an den Fiskus oder an die Gemeinde oder den Inhaber der Verkehrsanstalt.

Finden kann man überhaupt nur eine Sache, die verloren ist. Verloren ist eine Sache, deren Besitz dem Besitzer wider seinen Willen abhanden gekommen ist, ohne daß gleichzeitig ein anderer Besitz erwarb, und deren Aufenthalt ihm unbekannt ist. Die Wuppe, die ich bei meinem Freunde aus Versehen zurückgelassen habe, ist nicht „verloren“, weil ihr Aufenthalt mir nicht unbekannt ist. Finder wird man dadurch, daß man eine verlorene Sache an sich nimmt, wozu man jedoch nicht verpflichtet ist. Hat man jedoch die verlorene Sache an sich genommen, so übernimmt man damit eine Reihe von Pflichten. Der Finder hat die Pflicht, die Sache der Polizeibehörde anzuzeigen, sie bis dahin zu verwahren und auf Wunsch der Polizeibehörde abzuliefern.

Dagegen hat der Finder auch eine Reihe von Rechten. Er kann Verwendungen ersetzt verlangen, z. B. Futterkosten, die er für ein herrenloses Tier gebraucht hat, er hat Anspruch auf Finderlohn, und er erwirbt das Eigentum an der Sache, wenn ein Jahr seit Anzeige des Fundes bei der Polizeibehörde vergangen ist. Der Finderlohn beträgt bei Sachen bis zu 300 M. 5 Prozent und darüber hinaus vom Mehrwert 1 Prozent des Wertes der Sache.

Eine Anzeige an die Polizeibehörde ist nicht erforderlich, wenn die gefundene Sache nicht mehr als 3 M. wert ist, also beim sogenannten Kleinfund.

Wem gehören die Früchte und ähnliches?

Früchte, die von einem Baum oder Strauch auf ein Nachbargrundstück fallen, gelten als Früchte dieses Grundstücks. Das gilt aber nicht, wenn das Nachbargrundstück dem öffentlichen Gebrauch dient, also z. B. eine Straße ist. Eingedrungene Wurzeln eines Baumes oder eines Strauches sowie herübertragende Zweige kann der Eigentümer eines Grundstücks abschneiden und behalten. Hierzu ist er ohne Anrufung des Gerichts befugt. Soweit es sich um herübertragende Zweige handelt, muß er zuvor dem Besitzer des Nachbargrundstücks eine angemessene Frist zur Beseitigung stellen. Wenn durch die herübertragenden Zweige oder Wurzeln der Gebrauch des eigenen Grundstücks nicht beeinträchtigt wird, darf man Zweige oder Wurzeln nicht abschneiden, weil dem Nachbar ja kein Schaden entsteht. Will jemand sein Grundstück vertiefen, so kann er das so lange tun, als dadurch seinem Nachbar nicht die Stütze und Festigkeit für das Grundstück entzogen wird. Der Nachbar darf auch keine Anlagen auf seinem Grundstück herstellen, welche das Grundstück beeinträchtigen, ihm also z. B. Licht oder Luft rauben usw. Unter Umständen hat ein Nachbar gegen den anderen einen Anspruch auf einen Notweg, nämlich dann, wenn einem Grundstück die zur ordnungsmäßigen Benutzung notwendige Verbindung mit einem öffentlichen Wege fehlt. Allerdings muß dafür der andere entschädigt werden. Die Verpflichtung zur Duldung des Notweges tritt dann nicht ein, wenn der Nachbar seine Verbindung mit dem öffentlichen Wege willkürlich beseitigt hat, denn dann ist er selbst daran schuld. Jeder Eigentümer eines Grundstücks kann vom Eigentümer des Nachbargrundstücks verlangen, daß er in Gemeinschaft mit ihm die Grenze vermarte oder die unkenntlich gewordene, aber zwischen den Parteien nicht ungewisselte alte Vermarkung wiederherstelle. Die Kröten tragen beide gemeinsam. Grenzäune, Raine, Winkel, Gräben, Mauern, Hecken, Planken und andere Einrichtungen, die zum Vorteil beider Grundstücke dienen und beide trennen, gehören dem Eigentümer. Wenn aber Zweifel bestehen, so unterliegen sie gemeinschaftlicher Benutzung. Die Unterhaltungskosten haben beide zu gleichen Teilen zu tragen. Grenzäune sind gemeinsam zu benutzen. Wird der Baum gefällt, so gehört den Nachbarn das Holz zu gleichen Teilen.

Kameraden!

Jeder Arbeiter, der seinen Warenbedarf bei Anhängern der Privatwirtschaft deckt, unterstützt diese im Kampf gegen die Arbeiterklasse und damit gegen sich selbst.

Jeder gewerkschaftlich- und klassenbewußte Arbeiter ist deshalb unter Beachtung der Beschlüsse unserer Gewerkschaftskongresse verpflichtet, Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden und dort seine Waren zu kaufen.

Wichtig für die Mieter in den Bergmanns- Siedlungs- und Neubauwohnungen!

Durch die preußische Notverordnung vom 8. Juni 1932 ist die in § 9 Abs. 2a und 2b der Hauszinssteuerordnung vorgeordnete Stundung bzw. der Erlaß der Hauszinssteuer für Mieter, bei denen das Gesamteinkommen der im Haushalt befindlichen Personen eine bestimmte Grenze nicht übersteigt, aufgehoben. Nach der angezogenen Notverordnung werden künftig gehobene Mieter an die zuständigen Fürsorgestellen verwiesen, die ihnen nötigenfalls Mietsbeihilfe gewähren.

Da die Wohnungen in den Bergmanns-Siedlungen sämtlich nach dem 1. Juli 1918 erstellt sind, infolgedessen als Neubauwohnungen von der Abgabe der Hauszinssteuer befreit sind, konnte auch ein Erlaß des in der Miete einbegriffenen Hauszinssteueranteils nicht erfolgen. Nach der preußischen Notverordnung vom 8. Juni 1932 können auch Mieter von Neubauwohnungen, also auch die Mieter in den Bergmanns-Siedlungen, von den zuständigen Fürsorgestellten Mietsbeihilfe erhalten, sofern die Voraussetzungen bezüglich der Bedürftigkeit erfüllt sind.

Da unsere Mitglieder, ganz gleich, ob sie im Arbeitsverhältnis stehen, Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sind, nicht auf Rosen gebettet sind, machen wir sie hiermit auf die Möglichkeit einer Mietsbeihilfe aufmerksam.

Einstweilige Verfügung als Hilfe zum Lohnabbau.

Eine Niederlausitzer Braunkohlegrube hatte das Arbeitsgericht Grünberg in Schlesien anrufen und mit Datum vom 20. April 1932, Aktenzeichen A C 116/32 zu 5, eine einstweilige Verfügung gegen die Organisation und drei Mitglieder — der sogenannten Streikleitung — erwirkt, wodurch angeordnet wurde, daß jede Behinderung Arbeitswilliger zu unterlassen sei und keine Anordnung zur Belästigung derselben getroffen werden darf. Auch andere Maßnahmen, die darauf gerichtet seien, dürften nicht unterstützt werden. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wurde der Organisation 100 Mark Geldstrafe und den Mitgliedern bis zu drei Tagen Haft angedroht.

Die Belegschaft der Grube hatte sich nämlich seit Anfang dieses Jahres mit Erfolg gegen eine Lohnherabsetzung gewehrt. Die Folge war, daß sie zu Ende März gekündigt wurde. Gleichzeitig machte die Verwaltung dann bekannt, daß nur solche Arbeiter wieder eingestellt würden, die sich dem Lohnabbau fügen wollten. Enttäuscht mußte jedoch die Verwaltung feststellen, daß sich nur wenige Arbeitswillige einfanden und so ließ sie denn zum Kadi, weil nach ihrer Meinung nur die Streikposten und die Organisation an diesem Mißerfolg schuld seien.

Es ist für das angerufene Arbeitsgericht gerade nicht sehr schmeichelhaft, daß es auf diesen Schwindel hereinfiel, denn auf die Warnung hin wurde obige einstweilige Verfügung durch Urteil des Landesarbeitsgerichts Breslau vom 2. Juni 1932, Aktenzeichen S 100/32, wieder aufgehoben. Zutreffend sagt das Landesarbeitsgericht, daß, wenn Streikposten selbst gewaltam und mit widerrechtlichen Drohungen auf Arbeitswillige einwirken, dieses noch kein unmittelbarer Eingriff in den Betrieb sei. Bei einem nur mittelbaren Eingriff fehle der Verwaltung aber die aktive Parteifähigkeit. Auch wenn man unterstellt, daß ein unmittelbarer Eingriff erfolgt sei, so ist trotzdem kein Platz für eine einstweilige Verfügung wenn einzelne Arbeitswillige durch Streikposten behindert worden sind, wenn nur die Streikposten dahingehend befehrt worden sind, daß sie sich in den Schranken des Gesetzes zu halten haben.

Aus dem Bezirk Aachen. Konferenz der Vertrauensmänner.

Bezirksleiter Engelhardt wies in der Konferenz am 3. Juli in Aachen in seinen Begrüßungsworten kurz auf den Ernst der Lage hin und erstattete dann Bericht über die Betriebsrätearbeiten und über den Abschluß der Verhandlungen über den Urlaub sowie über einige geschäftliche Angelegenheiten. Nach der Diskussion über diese beiden Punkte, in der besonders scharf die Stellungnahme der Unternehmer den Arbeitern gegenüber aufgezeigt wurde, wurde dann von E. ein instruktiver Vortrag über die Vorgänge bei der Regierungsumbildung, über die Stellung des neuen Kabinetts der Arbeiterschaft gegenüber, über die Zusagen und Versprechungen, die von Papen dem Herrn Hitler gemacht und über die Notverordnungsauflösungen dieser neuen Regierungspolitik gehalten. Gleichzeitig wurde auch Stellung genommen zu der neuen Wahlakt, die unter dem Zeichen der drei Pfeile und unter dem Kampfruf „Freiheit“ geführt wird. Der Vortrag und die Aufforderung, auch das Letzte in diesem Wahlkampf herzugeben, um die Nazis endgültig zurückzuschlagen, wurde von allen Konferenzteilnehmern mit Begeisterung aufgenommen, ebenso folgende Entschliebung:

„Die am 3. Juli 1932 in Aachen tagende Bezirksvertrauensmännerkonferenz nimmt Kenntnis von der neuen Urlaubsregelung. Die Konferenzteilnehmer sehen in der Kürzung des Urlaubes einen weiteren Zugriff der Zechenunternehmer auf wohlverdienende Rechte der Bergarbeiter, die sie sich bei schwerster Arbeit und allgrößter Lebensgefahr verdient haben.

Das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer deckt sich mit den scharfen Maßnahmen, die die Regierung der Nazibarone gegen die Arbeitnehmerschaft, gegen Invaliden, Witwen und Waisen, gegen Kriegsbeschädigte, Unfallverletzte und Erwerbslose durchgeföhrt hat. Unerhörte Lohn- und Rentenkürzungen, unerträgliche Steuern und sonstige Belastung der Armen sowie die Kultur- und Inflationswünsche der Nazis, ihrer Barone und Geldgeber führen zum vollkommenen Ruin der deutschen Wirtschaft. Dazu kommt die Zerfegung und politische Vergiftung des deutschen Volkes, die von den Trägern der Notverordnungsaktionen, den ostelbischen Krautjüngern und westlichen Schlotbaronen betriebenen und von der Regierung der Nazibarone kräftigt unterstützt wird. Alle Maßnahmen richten sich gegen die Arbeiterschaft, die man rechtlos und zu Bürgern zweiter Klasse machen will. Die Konferenzteilnehmer erkennen die große Gefahr, die der Arbeiterschaft droht. Sie sind sich einig in der Abwehr und bereit, ihre ganze Person und ihr Leben für die gute Sache der Arbeiter weihen einzusetzen. Um der Sache der Arbeiterschaft zu dienen, muß vor allem jetzt die Zeit des Wahlkampfes zur Steigerung der Aktivität ausgenutzt und in disziplinierter Einigkeit die indifferenten Massen der Arbeiter aufgerüttelt werden.

Es geht ums Ganze. Jeder Groschen, jede Stunde, jeder Wille und alle Kraft muß der Idee des Sozialismus und der Demokratie dienen.

Alle Bestrebungen, die dahin führen, die zerstückelte Arbeiterschaft unter eine einheitliche Führung zu bringen, werden

aufs herzlichste begrüßt und fordern die Verammelten alle freiwillig gekommenen Arbeiter und Bürger auf, sich der Eisernen Front anzuschließen. Sie hat Raum und Kampffeld für alle und ihre Führung bietet Gewähr für den richtigen Einsatz aller Machtmittel.

Um die Einheitsfront baldigst zu verwirklichen, ergeht an die kommunistisch orientierte Arbeiterschaft die Aufforderung, ihre Führer und vor allem ihre Presse zu ersuchen, die Verleumdungen, Beschimpfungen und Beleidigungen der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft und ihre Führer zu unterlassen.

Die Konferenz gelobt, den Aktionen der Eisernen Front-Führung des Bezirks und der einzelnen Orte alle verfügbaren Kräfte zu unterstellen und den Wahlkampf im Sinne des Symbols der Eisernen Front: Aktivität, Disziplin, Einigkeit, gegen alle Volksverderber zu führen.

Fort mit der Regierung der Nazibarone!
Fort mit dieser Notverordnungsregierung!
Fort mit Hitler und seiner Mörderarmee!

Hoch das Freiheitsbanner und mit ihm vorwärts zum letzten Gefecht und Sieg mit unserem Kampfruf: „Freiheit!“

Wie schon so oft, gehen auch diesmal die freiorientierten Bergarbeiter mit voller Zuversicht und mit festem Willen, endlich Klarheit zu schaffen, in den Wahlkampf. Mit dem begeistert aufgenommenen Ruf „Freiheit!“ reichten sie die harten Arbeiterfäuste in die Luft, nicht nur bereit, sie in die Luft zu halten, sondern, wenn es sein muß, auch zuzuschlagen und zwar zuzuschlagen auf die, die es wagen, an den mühsam erkämpften Errungenschaften zu rütteln.

Bergarbeiter, seid euch einig, schließt euch zusammen und werdet Mitglied im Alten Verband, im Interesse eurer selbst und eurer Familien!

Aus dem Saarrevier.

Was geht bei der Saarnappphast vor?

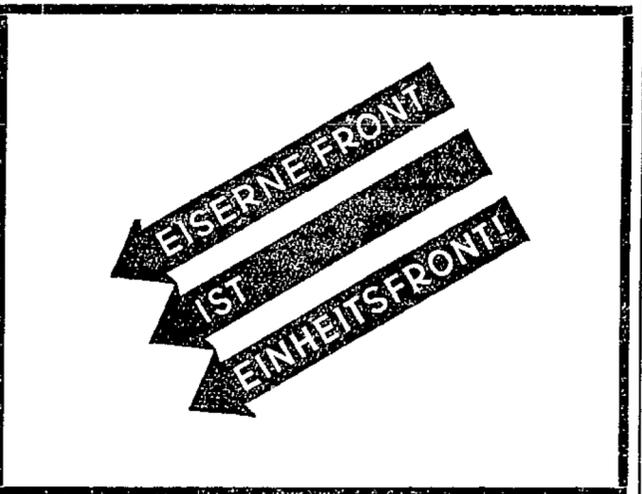
Herr Minister Morize will die Bestimmungen der Reichs-Notverordnung betreffs Reichsnappphast auch für die Saarnappphast in Anwendung bringen.

Die Saarnappphastspensionskasse ist wegen der Massenentlassungen auf den Saargruben und der dadurch bedingten Beitragszahlerverminderung in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Schwierigkeiten, über die sich auch die Arbeitnehmervertreter im Saarnappphastvorstand klar sind, sind aber keineswegs so groß, daß an einen Leistungsabbau oder eine Beitragserhöhung gedacht werden muß. Herr Morize von der Saarregierung aber will abbauen.

Wie will Herr Morize nun abbauen? Er selbst hat wohl noch keine Vorschläge gemacht, aber die Vorschläge der Bergwerksdirektion sind sicher nicht ohne sein Wissen zustande gekommen. Die Bergwerksdirektion ließ durch ihren Vertreter erklären, daß bei Einführung und Anwendung der Notverordnungsbestimmungen des Reiches für die Saarnappphast dieselbe gefunden sei. Das war wirklich eine sehr weisheitsvolle Feststellung. Wenn das mutmaßliche und auf fallender Grundlage berechnete Defizit 5 044 000 Fr. betragen soll, dann ist es wirklich nicht schwer, obige Feststellungen zu machen, da nach weiterer Mitteilung des Herrn Vertreters dadurch etwa 7 Mill. Fr. an den Pensionen der Invaliden und Witwen herausgeschmitten werden können. Mit einer solchen rücksichtslosen Regelung können wir uns nie und nimmer zufrieden geben.

Deshalb fordern wir, daß die Regierungskommission die Bergwerksdirektion zwingt, einen höheren Beitragsanteil als die Versicherten zu zahlen, da sie die Beitragszahler durch Maschinen ersetzt hat. Für diese Maschinensteuer ist unbedingt ein entsprechender Beitrag zu entrichten, um so den durch die Maschinen verdrängten Bergarbeitern ihre sozialen Leistungen zu garantieren.

Als zweites käme in Frage, daß die Regierung aus Mitteln der Landeskasse der ohne ihr Verschulden in Not geratenen Saarnappphast einen angemessenen Betrag zur Erhaltung der jetzigen Leistungen überweisen würde. Dazu ist sie uns so eher verpflichtet, als in Jahren guter Konjunktur des Bergbaues eine sehr wesentliche Kohlensteuer im Interesse der Allgemeinheit eingezogen wurde. Mit gutem Recht fordern wir deshalb, daß jetzt die Allgemeinheit auch etwas für die notleidenden Bergleute tun muß. Gute Beispiele sind in Frankreich sowie in Deutschland zu



sehen. Die vollständig verarmte deutsche Republik zahlt im Jahre 1932 etwa 95 Mill. M. zur Erhaltung der Leistungen an die Reichsnappphast. Der französische Staat zahlt an seine Saarnappphastspensionskassen 4,5 Proz. des gesamten Lohnaufkommens im französischen Bergbau. Die Belegschaft der Saargruben entspricht zur Zeit einem Zehntel der im deutschen Bergbau beschäftigten Arbeiter. Wollte man verhältnismäßig Zuschüsse gewähren, so wären dies 9,5 Mill. M. oder 57 Mill. Fr. Soll es da nicht möglich sein, aus Mitteln der Landeskasse 7 Mill. Fr. aufzubringen, um so den am Hungerkuch naechenden Invaliden und Witwen der Saarnappphast ihren Lebensabend einigermaßen menschenwürdig erhalten zu können?

Zur Einführung der Bestimmungen der Reichs-Notverordnung fehlt hier an der Saar jegliche Begründung und Ursache. Zur Zeit bezieht ein pensionierter Bergmann von der Reichsnappphast bei 30 Dienstjahren immer noch 80 M. monatlich, das sind 480 Fr. An der Saar werden bei derselben Dienstzeit zur Zeit einschließlich reichsnappphastlicher Zulage 326 Fr. oder ungefähr 54 M. gezahlt. Zudem sind die Lebenshaltungskosten 15 bis 20 Proz. höher als in Deutschland.

Ferner verweisen wir darauf, daß die Pensionskasse A über ein Vermögen von 59 565 306,89 Fr. verfügt. Wenn dieses Vermögen auch nicht ganz lombardfähig sein dürfte, so ist aber — wie vor Jahresfrist von der Verwaltung noch mitgeteilt wurde — die Möglichkeit vorhanden, etwa 30 Mill. Fr. zu lombardisieren. Damit ist klar erwiesen, daß ein Leistungsabbau nur

von etner gewissen Psychose diktiert werden kann, da sonstige sachhaltige Gründe, die einen Abbau bedingten, nicht vorhanden sind. Auch hier könnte die Regierungskommission einen Teil von den vielen Millionen, die bei den verschiedenen Banken zu einem nichtslagenden Zinsfuß festgelegt sind, in Anwendung bringen.

Das R a h ist v o l l. Wir haben Wege gezeigt, die gangbar sind, haben diese unsere Meinung auch in mündlichen Verhandlungen näher begründet und können nur zu dem Entschluß kommen, daß bei Nichtanerkennung dieser unserer durchsichtigen Gründe wir den Herrschaften jegliches soziale Empfinden und Verständnis absprechen müssen.

Auch die Herren Minister müssen einmal von ihrem Bestial herunter und sich bewußt werden, daß ihr neues Einkommen jedenfalls auch mit Schweiß und Blut der Arbeiterschaft erarbeitet wird. Wir können, wollen und dürfen uns nicht weiter eine solche Brüstierung der notleidenden Bevölkerung gefallen lassen.

Herr Hofmann will die Notverordnung vom 14. Juni 1932 auch für die Saarländische Invalidenversicherung einführen.

Wie wir es ja schon seit Jahr und Tag gemöhnt sind, wird von Seiten des Ressorts des Herrn Ministers Hofmann immer Schritt gehalten mit den deutschen Abbau-Notverordnungen in der Sozialversicherung. Auch jetzt besteht die Absicht, gleich wie im Reich, auch an der Saar die Kürzungen in Höhe von 36 Fr. monatlich für laufende Renten, in Höhe von 42 Fr. für nach dem 1. Juli entfallende Renten durchzuführen. Wegen dieser Absicht muß auf das entschiedenste Front gemacht werden und haben die Gewerkschaften bis jetzt nichts unterlassen, diesen neuesten Raubzug auf die Taschen der Vermissten der Armen zu verhindern. Herr Hofmann begründet die Notwendigkeit der Einführung der Notverordnung mit der Heidelberger Abrede, wonach die Regierungskommission vertraglich verpflichtet sei, an der Saar gleiche Leistungen in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu zahlen wie im Reich. Dabei wird übersehen — ob mit oder ohne Absicht —, daß jahrelang die Leistungen an der Saar bedeutend niedriger waren als im Reich und daß erst am 1. Januar 1927 eine Gleichstellung der Leistungen erfolgt ist. Ferner wird übersehen, daß die Lebenshaltungskosten im Saargebiet bedeutend höher sind als im Reich. Weiter kommt hinzu, daß mit einer Durchschnittsrente von 36 M. = 216 Fr. monatlich, die armen Menschen allmählich verhungern müssen. Die Herren der Regierungskommission haben keine Ahnung, welches Geschick sich bei einem knurrenden Magen bemerkbar macht. Nicht genug, daß diese bedauernswerten Menschen 30, 40 und noch mehr Jahre zu ihren Fronddiensten hohe Beiträge entrichten mußten, jetzt sollen sie auch noch dem Hungertode überantwortet werden.

Wenn die Regierungskommission immer wieder die Deckungsfrage in den Vordergrund schiebt, so müssen wir darauf hinweisen, daß es Verantwortungslosigkeit bedeutet, wenn man auf der einen Seite den reichen Banken Millionen über Millionen zu 1 bis 2 Proz. Zinsen zur Verfügung stellt, anstatt diese Gelder zum einmal in der Krisenzeit notleidenden Sozialversicherung zuzuwenden. Eine Durchschnittsrente von 216 Fr. pro Monat entspricht bei weitem nicht einem Tageseinkommen derjenigen Leute, die diesen verzweifelt nach Brot schreienden Menschen auch nach das letzte Stüchchen vorzuenthalten wollen. Die Träger zu diesem Abbaubredchen sind in Arbeitervertretern zu suchen, da sie — seit sie in den Mondbanden Hitlers ein Mittel zum Niederknappeln der Sozialrenten sehen — Morgenluft wintern.

Herrn Minister Hofmann möchten wir aber sagen, daß er sein schon so oft zum Ausdruck gebrachtes soziales Empfinden wirken lassen möge und soll er sich davor hüten, Strömungen in entgegengekehrter Richtung zu unterstützen, selbst auf die Gefahr hin, daß er einmal in aller Deutlichkeit erklären müßte, daß er als Minister, in dessen Adern Arbeiterblut fließt, diese Methoden, die schon jahrelang gegen das arbeitende Volk angewandt werden, nicht weiter mitmachen könne. Das wäre ein gerechtes und auch mutiges Bekenntnis vor aller Welt.

Was hat die Regierungskommission mit der Krankenversicherung der Bergleute vor?

Die Wollust des Herrn Minister Morize und der Bergwerksdirektion scheint mit ihren unsozialen Absichten auf die Pensionsbezüge aus der Saarnappphast noch lange nicht befriedigt zu sein. Sie wollen auf die Krankenversicherung der Bergleute denselben Raubzug unternehmen. Die Bergwerksdirektion hat sicher im Einvernehmen mit der maßgebenden Regierungsjelle zur Sanierung der Krankenkasse, bei der ein mutmaßliches Defizit von 3 060 000 Fr. festgestellt worden ist, geradezu unglaubliche Abbaumaßnahmen in Vorschlag gebracht. Sie wollen den Zustand der Leistungen von vor dem 1. April 1930 wieder herbeiführen. Das würde bedeuten, daß in der Familienrentenhilfe die Fahrgelderstattung beim Aufsuchen eines Facharztes und die zahnärztliche Behandlung der Familienangehörigen in Wegfall käme. Weiter würden die 3 Fr. wieder wie früher pro Behandlungsschein bei dem aufgesuchten Facharzt zu entrichten sein. Ferner sollen die Mitglieder mit der zehnprozentigen Arzneikostenbeteiligung befreit werden.

Wir halten diese Maßnahmen für durchaus unberechtigt und auch unbegründet. Ebenjowenig wie bei den anderen Versicherungsarten wird bei der Krankenkasse das vorgeordnete Defizit in dieser Höhe in Erscheinung treten, aber selbst wenn es der Fall wäre, ist ein Abbau der Leistungen vollständig undiskutabel, da auch hier noch ein anderer Weg möglich ist.

Die Krankenkasse hat ein Vermögen in Höhe von 49,6 Mill. Frank. Davon sind nach Angabe der Verwaltung 15 Mill. Fr. lombardfähig. Nimmt man das errechnete Defizit von 3,06 Mill. Fr. als richtig an und bringt Einparungen, die auf anderen Gebieten als dem der Leistungen liegen, in Abzug, so verbleiben noch 2,2 Mill. Fr. Fehlbetrag. Unterstellt man diese Ziffern als absolut richtig, was wir jedenfalls bestritten, dann könnte die Krankenkasse ohne Leistungsabbau von den 15 Mill. Frank auf die Dauer von sieben Jahren sich sicher mit ihren jetzigen Leistungen auf derselben Höhe halten. Wir sind nämlich der Meinung, daß in guten Zeiten Reserven aufgespart werden müssen, um Krisenzeiten ohne besondere Belastung der Versicherten begegnen zu können. Der vorgeschlagene Abbau der Bergwerksdirektion bedeutet ungeheure Vermehrung des jetzt schon bestehenden Elends in den Bergarbeiterfamilien. Wo ist ein Bergmann in der Lage, der noch ein Einkommen von 500 bis 600 Fr. monatlich hat, Hunderte von Frank für ärztliche Versorgung ausgeben zu können? Dies Rechenexempel möge uns einmal die Herrschaften vormachen. Reich ist schon nicht mehr, um das notwendige Stüchchen Brot kaufen zu können, so ist an zahnärztliche oder fachärztliche Behandlung schon gar nicht mehr zu denken und Krankheiten mit üblen Folgen werden dauernder Gast in den Bergarbeiterfamilien sein. Durch schlechte Geßiffe entstehen bekanntlich Magenkrankheiten und diese können dann der Saarnappphast viel teurer zu stehen kommen, als die Ausgaben für zahnärztliche Behandlung. Auch manche andere Krankheit wird chronisch werden, wenn nicht gleich der Facharzt hinzugezogen wird, der dann noch in der Lage ist, Krankheiten im Keime zu erlöchen.

Auch die in Aussicht gestellte zehnprozentige Arzneikostenbeteiligung wird keine 300 000 Fr. Ersparnis bringen, da dies

bei anderen Krankheitsfällen, die diese Arzneistoffbeteiligung schon seit dem 1. April 1930 haben, bereits festgestellt wurde.

Alle diese vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen sind nur Palliativmaßnahmen und werden nie zu einer Gesundung der Klassen führen.

Schulbücherbellegerung der Saarnappschafft.

Die Bergarbeiterorganisationen: Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saar) und Gewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands (Bezirk Saar) haben dem Oberbergamt folgendes unterbreitet:

Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Oberbergamt als Aufsichtsbehörde der Saarnappschafft, in Ansehung des Defizits in der Arbeiterpensionskasse, durch Beschluß anzuordnen, daß die freie Schulbücherbellegerung an die schulpflichtigen Kinder der knappschafftlich Versicherten künftig in Wegfall kommen soll.

Wir beantragen, von diesem Vorhaben abzusehen aus folgenden Gründen:

Die freie Lieferung von Schulbüchern für Bergmannskinder durch den Saarnappschafftverein ist eine historische Einrichtung, die sich rund 135 Jahre zurückverfolgen läßt.

Wir beantragen, von diesem Vorhaben abzusehen aus folgenden Gründen:

Die freie Lieferung von Schulbüchern für Bergmannskinder durch den Saarnappschafftverein ist eine historische Einrichtung, die sich rund 135 Jahre zurückverfolgen läßt.

Wir beantragen, von diesem Vorhaben abzusehen aus folgenden Gründen:

Die freie Lieferung von Schulbüchern für Bergmannskinder durch den Saarnappschafftverein ist eine historische Einrichtung, die sich rund 135 Jahre zurückverfolgen läßt.

Wir beantragen, von diesem Vorhaben abzusehen aus folgenden Gründen:

Die freie Lieferung von Schulbüchern für Bergmannskinder durch den Saarnappschafftverein ist eine historische Einrichtung, die sich rund 135 Jahre zurückverfolgen läßt.

Wir beantragen, von diesem Vorhaben abzusehen aus folgenden Gründen:

Die freie Lieferung von Schulbüchern für Bergmannskinder durch den Saarnappschafftverein ist eine historische Einrichtung, die sich rund 135 Jahre zurückverfolgen läßt.

Wir beantragen, von diesem Vorhaben abzusehen aus folgenden Gründen:

Die freie Lieferung von Schulbüchern für Bergmannskinder durch den Saarnappschafftverein ist eine historische Einrichtung, die sich rund 135 Jahre zurückverfolgen läßt.

Wir beantragen, von diesem Vorhaben abzusehen aus folgenden Gründen:

Die freie Lieferung von Schulbüchern für Bergmannskinder durch den Saarnappschafftverein ist eine historische Einrichtung, die sich rund 135 Jahre zurückverfolgen läßt.

Wir beantragen, von diesem Vorhaben abzusehen aus folgenden Gründen:

Die freie Lieferung von Schulbüchern für Bergmannskinder durch den Saarnappschafftverein ist eine historische Einrichtung, die sich rund 135 Jahre zurückverfolgen läßt.

jährigen Dienstzeit abhängig gemacht (Satzung vom 26. Juli 1872).

Die Befugnis des Knappschafftsvereins, Industrie- und Kleinlinderkassen zu unterhalten, wurde — durch den 3. Nachtrag zum Statut — vom 1. April 1884 ab beseitigt.

Die Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes von 1863 führte zur Uebernahme der Kosten des Schulunterrichts auf die neu geschaffene Pensionskasse, während die Gewährung dieser Leistungen vorher aus der einheimischen Knappschafftskasse erfolgt war.

Zur Erhärtung unserer Darlegungen erlauben wir uns, Ihnen die vom Saarnappschafftsverein im Jahre 1910 herausgegebene Festschrift zur Einweihung des Knappschaffts-Frontenhauses an Fischbachstraße, welche uns die Verwaltung der Saarnappschafft freundlicherweise scheinweise überlassen hat, zur gest. Einsichtnahme zuzusenden.

Wir dürfen besonders auf den Inhalt der Seiten 7 bis 11, 15, 17, 20, 22, 27, 34, 35, 36 und 38 dieser Festschrift verweisen, aus dem klar hervorgeht, daß der Saarnappschafftsverein sich stets die freie Schulbücherbellegerung hat angelegen sein lassen.

Besonders darf daran erinnert werden, daß in der wirtschaftlichen Krisenzeit nach dem Jahre 1871 ebenfalls die Absicht auftrat, wegen der schlechten Finanzlage der Knappschafftskasse die Gewährung von Schulgeld, die Bellegerung der nötigen Schulbücher und der Schreibmaterialien in Wegfall zu bringen.

In beigefügten acht Anlagen finden Sie zu Ihrer gest. Orientierung sämtliche seit dem 1. Juli 1797 aufgestellten Vorschriften betr. Gewährung freien Schulunterrichts im Saarnappschafftsverein.

Wir hoffen, mit dem Vorgetragenen für unseren Antrag Verständnis zu finden, die Schulbücherbellegerung durch die Saarnappschafft weiterhin in Geltung zu lassen, da einwandfrei feststeht, daß diese Bellegerung eine historische Einrichtung ist.

Aber nicht dieser Grund allein braucht entscheidend zu sein; mindestens genau so schwer für die Beurteilung unseres Antrags ist die Tatsache der recht schweren wirtschaftlichen Notlage, in der sich unsere Saarnappschafftsarbeiter schon seit längerer Zeit befinden.

Diese Notlage ist Ihnen durch unseren oftmals wiederholten Vortrag bekannt geworden. Es würde und könnte von unseren Bergarbeitern nicht verstanden werden, wenn man ihnen heute eine seit 135 Jahren gewährte Vergünstigung entziehen und sie dadurch trotz der erheblichen Notlage noch wesentlich mehr belasten würde.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß man nach dem Jahre 1871 die Absicht, die Gewährung freien Schulunterrichts fallen zu lassen, im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage der Bergarbeiter nicht aufrechterhielt.

Die damals gelübten Rücksichten dürften heute in verstärktem Maße zur Geltung zu bringen sein.

Sinterher stellt es sich heraus, daß die alten Anlagen um über eine Mark pro Tonne billiger arbeiteten. Deshalb Statuierung der neuen Anlagen und Kostenumlage auf die alten Anlagen.

In der Aussprache ging unser Bezirksleiter, Kamerad Max Weber (Zwickau), des näheren auf die Papen-Notverordnung ein, die unseren armen Invaliden, Witwen und Waisen wieder einen Teil ihrer soviel schon geringen, mehrfach gekürzten Pensionen und Renten raubt, während man die Generalpensionen unbehelligt läßt; wahrlich ein von der größten Ungerechtigkeit triefendes Kabinett, das es — abgesehen von anderen schlimmen Ungerechtigkeiten — schon um deswillen verdient, am 31. Juli 1932 hinweggefegt zu werden.

Aus dem Bezirk Halle.

Die Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter im Zeichen der Eisernen Front.

Die Geschäftsstelle Helbra unseres Verbandes hatte am 3. Juli die Mitglieder zu einem Zahlstellenfest auf der „Dürren Wiefe“ bei Ziegelrode aufgerufen. Unter sehr starker Beteiligung der Mitglieder, Arbeiterportler, Frauen und Kinder vollzog sich der Aufmarsch vor Helbra und Eisenben durch die Grunddörfer.

Nachmittags um 4 Uhr wurden die Teilnehmer von der Geschäftsstellenleitung mit dem Kampfspruch „Freiheit!“ begrüßt.

Der Festredner, Kamerad Peter Zimmer (Bochum) übermittelte alsdann den Teilnehmern herzlich Grüsse des Verbandsvorstandes. Seine Rede stand im Zeichen des jetzigen schweren Freiheitskampfes der deutschen Arbeiterklasse.

Bezirk Zwickau.

Funktionärkonferenz im Blauen Grund.

Kamerad August Schmidt vom Hauptortstand in Bochum sprach über die wirtschaftliche Lage insbesondere im Bergbau. In eingehenden Ausführungen und mit reichem Zahlenmaterial verfehen sprach er über dieses Thema in leichtverständlicher Weise.

Als Reserve eine Dose mit den appetitlichen GES-DELICATESSEN-BOCKWURSTCHEN! Diese ergeben ein schnell zubereitetes, köstliches Mahl. Wohlfeil in Ihrem Konsumverteil!

Gänsefedern jetzt billige Sommer-Breisel! Spund lösen von M. 2,40 an. Halfter und Preisliste gratis. Helene Gieseler, Gänsefedern-Bochum, Neu-Trebbin 19 (Oderstr., Bismarckstr. 45a)

Käse billiger! 93rd. late Augeln 2,70 200 Burger Käse 2,70 4 1/2 Btl. Augeln und 100 Hager 2,70, ab hier. C. Hamm, Nortorf, Holst. 40

Konkurrenzlos herabgesetzte Preise! Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter! Vertrauliches, best-reellstes christliches Haus!

Jetzt grosse Fabrikreste und sonstige zurückgesetzte Stoffe nach Gewicht. Nr. 1 Weisses Stoffe, grobe Stücke, der Bund ... 95 Gls. Nr. 2 Ungebleichte Tücher, gr. Stück, p. Btl. ... 90 Gls.

AUS DER TIEFE GEDICHTE VON HEINRICH KAMPCHEN. Zu beziehen zum Preise von M. 1.20 durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum

Konkurrenzlos m. Garantieschein n. 3 Jahre Gute Zahenuhr nur M. 1.80. Nr. 3 Herren-Uhr, Uhrverm. M. 1,80 Nr. 4 verstell. m. Gold, Schatz. „ 2,90

Billige böhmische Bettfedern Nur reine zufällende Sorten. 1 Kilo: grobe gemahlene Wei. 2,50, halbweiße M. 3, —, weiße M. 4, —, bejjere M. 5, —

EISU-Betten Schlazimmer in Holz- Stahlmattzen, Kinderbetten, Chaiselong, an jedem Teitzahl, Katalog 302-frei. Eisengroßhandl. Suhl (Thür.)

Druckmaschinen jeder Art, für Buchstaben und Bereine liefert preiswert H. Hansmann & Co., Bochum